

Protokoll

der 3. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 202

Donnerstag, den 8. Februar 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz: *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung
Abwesende: Jo Vergeat (GAB), Leonie Bolz (SP), Beda Baumgartner (SP).

Verhandlungsgegenstände:

23.	Motion 7 Tobias Christ und Konsorten für eine Generelle Aufgabenüberprüfung mit Entlastungsziel	2
24.	Motion 8 Tobias Christ und Konsorten betreffend die Einführung eines Aufgaben- und Finanzplans	7
26.	Anzug 1 Eric Weber betreffend Freikarten für Grossräte	11
27.	Anzug 2 Sandra Bothe und Konsorten betreffend Stärkung der demokratischen Werte in der Volksschule: Entflechtung des Sammelbereichs «Ethik, Religionen, Gemeinschaft», berufliche Orientierung, Klassenstunde	12
28.	Anzug 3 Philip Karger und Konsorten betreffend Bürokratie in der Verwaltung von Basel-Stadt.....	12
29.	Anzug 4 Eric Weber betreffend Grossräte müssen in ihrem Wahlkreis wohnen	14
30.	Anzug 5 Fleur Weibel und Konsorten betreffend Wissen schaffen und austauschen: Was ist los im Kleinbasel und was braucht es?	15
31.	Anzug 6 Michael Hug und Luca Urgese betreffend Vergabe zur zeitgemässen Betreuung eines Recyclingparks für die gesamte Basler Bevölkerung	23
32.	Anzug der Spezialkommission Klimaschutz bezüglich der Folgekosten des Klimawandels in einem "Weiter-wie-bisher"-Szenario, Schreiben des RR	23
33.	Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend «Eine koordinierende Stelle in der Verwaltung zuständig für Zusammenfassung, Information und Sensibilisierung aller Aktivitäten im Rahmen des Klimaschutzes», Schreiben des RR	23
34.	Anzug Brigitte Kühne und Raffaella Hanauer betreffend «Superblocks» in Basel, Schreiben des RR	24
35.	Interpellation Nr. 140 Annina von Falkenstein betreffend Fehlleistungen der Staatskanzlei bei den National- und Ständeratswahlen, Schriftliche Beantwortung	27
36.	Interpellation Nr. 149 Beat K. Schaller betreffend einseitige Politpropaganda von staatlich finanzierten Institutionen, Schriftliche Beantwortung	28
37.	Interpellation Nr. 157 Lorenz Amiet betreffend Bundesratswahlfeier und ihre Kosten für den Steuerzahler, Schriftliche Beantwortung	29
38.	Interpellation Nr. 158 Beat Braun-Gallacchi betreffend Ausrichtung und Organisation der Ständerats- und Bundesratsfeierlichkeiten, Schriftliche Beantwortung	29
39.	Anzug Claudia Baumgartner und Konsorten betreffend übermässige Vermehrung von Freigängerkatzen / Tierwohl für Streunerkatzen, Schreiben des RR	29

Beginn der 3. Sitzung

Donnerstag, 8. Februar 2024, 09:00 Uhr

23. Motion 7 Tobias Christ und Konsorten für eine Generelle Aufgabenüberprüfung mit Entlastungsziel

[08.02.24 09:00:30, 23.5657.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und ich habe Ihnen folgende Mitteilung zu machen:

Mit Blick auf die provisorische Geschäftsliste für den März habe ich entschieden, keine Nachtsitzung anzusetzen.

Damit kommen wir zu Traktandum 23.

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Als erste Einzelsprecherin hat sich Patrizia Bernasconi eingetragen.

Patrizia Bernasconi (GAB): Wir möchten auch, dass die Verwaltung effizienter, ohne Doppelspurigkeit arbeitet. Wir möchten auch, dass Ämter und Abteilungen miteinander sprechen und kooperieren. Wir finden aber, dass der Regierungsrat zuerst mit einer Generellen Aufgabenüberprüfung die Situation analysieren soll und erst danach Massnahmen entsprechend ergreift, als vor einer Generellen Aufgabeüberprüfung konkrete Effizienzziele zu definieren. Wir stellen uns die Frage, was heisst hier konkret, auf welcher Grundlage sollen Ziele definiert werden. Das klingt für uns alles sehr willkürlich. Es wäre ehrlicher gewesen, wenn die Motionäre konkrete Ziele genannt hätten, da es hier eigentlich nur um eine Schauübung geht. Das Einzige, was wirklich konkret ist, ist, dass keine Notwendigkeit zum Sparen existiert.

Wir bitten Sie deshalb, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Die Generelle Aufgabenüberprüfung, das wissen Sie vielleicht noch, geht ja auf eine Volksinitiative von bürgerlicher Seite zurück und wurde dort dann im Gesetz entsprechend verankert. Es hat ein Weilchen gedauert, bis dann die erste GAP durchgeführt wurde. Wir mussten da immer wieder insistieren, auch die Finanzkommission musste da mehrmals insistieren. Inzwischen ist das Instrument doch einigermassen etabliert. Wie das der Regierungsrat ausgestaltet, das scheint uns auch sinnvoll, indem er inhaltliche Schwerpunkte setzt, nicht jedes Mal, jede Legislatur die ganze Verwaltung durchspatet, sondern sich da ein bisschen thematische Schwerpunkte setzt, auch das erscheint uns sinnvoll.

Und was ist das Ziel dieser GAP? Das Ziel ist, konkret anzuschauen, wo kann man effizienter werden, wo kann man Doppelspurigkeiten beseitigen, wo gibt es vielleicht auch Aufgaben, die die öffentliche Hand nicht mehr wahrnehmen muss. Und da erscheint es uns doch sinnvoll, dass man das nicht einfach mal so macht und mal schaut, ja, vielleicht gibt es da irgendetwas, sondern dass man ein solches Projekt auch mit konkreten Zielen verbindet.

Wenn man sich den Bericht der letzten GAP anschaut, das Erste, was ich gemacht habe, als ich diesen doch sehr dicken Bericht erhalten habe, ist, ich habe dann die Zahl, das Ergebnis gesucht. Ich habe den Bericht durchgeblättert und gesucht, was hat jetzt der Kanton effektiv an Effizienz gewonnen in Franken und Rappen. Wie viele Franken werden jetzt da effektiv künftig weniger ausgegeben. Und ich persönlich, vielleicht ist es Ihnen anders gegangen, ich habe keine Zahl gefunden und ich finde, wenn man schon den Aufwand betreibt für eine solche Generelle Aufgabenüberprüfung, muss man doch den Anspruch haben, dass am Ende des Prozesses irgendwo ein Betrag steht, wo man sagen kann, ja, so viel sind wir effizienter geworden.

Ich möchte einen Unterschied machen zwischen Sparen und effizienter werden. Es geht nicht um Sparen, es geht darum, eben zu schauen, wo haben wir Doppelspurigkeiten oder Dinge, die man nicht mehr braucht. In der Wirtschaft ist das Common Sense, da schaut man regelmässig, schaffen wir es pro Jahr, ein, zwei, drei Prozent effizienter zu werden, ohne zu sparen, sondern um eben effizienter zu werden. Das ist ein Unterschied.

Bei gewissen ausgelagerten Betrieben ist das eine Selbstverständlichkeit, machen wir das. Ich darf daran erinnern, dass der Regierungsrat den Basler Verkehrsbetrieben ebenfalls ein Effizienzziel vorgibt via Eignerstrategie. Der Regierungsrat selber ist offensichtlich der Meinung, dass das etwas ganz Normales ist und es dünkt mich durchaus wichtig, dass man das eben auch bei der Verwaltung selbst macht und deshalb möchten wir, dass hier in dieser GAP ein konkretes Ziel festgelegt wird, dass man sagt, unser Ziel ist, dass wir das erreichen wollen. Vielleicht, wenn man den ganzen Prozess macht, erreicht man es am Schluss nicht. Es kann ja sein, dass man sagt, ja, wir haben es angeschaut und wir brauchen das trotzdem alles, es muss alles so bleiben, wie es ist, aber dann muss man es begründen. Aber zumindest hat man sich etwas vorgenommen und da sind wir der Meinung, das würde helfen.

Deshalb bitten wir Sie, diese Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich kann mich gleich Luca Urgese anschliessen, er hat das Wesentliche bereits gesagt. Auch wir unterstützen selbstverständlich die Überweisung dieser Motion. Diese Generelle Aufgabenüberprüfung ist ja kein Kind der Regierung und auch kein Kind der linken Parteien in diesem Hause, sondern der bürgerlichen Fraktionen und Parteien. Wir haben dies damals durchgesetzt mit auch einer klaren Erwartungshaltung, dass der Regierungsrat sich einmal pro Legislatur tatsächlich überlegt, wo allenfalls auch Aufgaben abgebaut werden könnten. Hierfür scheint es uns auch notwendig zu sein, dass wir nun nach einigen Jahren, wo wir dieses System kennen, noch einmal etwas nachjustieren, weil wir schon die Auffassung vertreten, dass der Regierungsrat diese Generelle Aufgabenüberprüfung zumindest nicht mit einer sehr grossen Freude macht.

Wir sind nun seit gestern im letzten Amtsjahr dieser Legislatur. Es ist vorgeschrieben, dass diese Generelle Aufgabenüberprüfung einmal pro Legislatur gemacht wird. Der Bericht wird nun dann demnächst einmal kommen müssen, weil ja die Legislatur nicht mehr allzu lange geht. Wir wären beispielsweise auch nicht unglücklich, wenn man dies dann vielleicht etwas früher innerhalb einer Legislatur machen kann, damit dann jeweils auch das Parlament, das in dieser Legislatur gewählt ist, vielleicht auch hier noch eine gewisse Möglichkeit hat, etwas vertiefter zur Kenntnis zu nehmen.

Wir sind auch der Meinung, wie es Luca Urgese schon gesagt hat, dass das Ziel solcher vorgängig definierten Entlastungsziele auch hilft, eine Generelle Aufgabenüberprüfung etwas fundierter durchzuführen, etwas konkreter durchzuführen. Hier macht es aus unserer Sicht durchaus Sinn, dass man dies zu Beginn auch entsprechend vorsieht, damit auch ein gewisser Anreiz besteht, dass der Regierungsrat und seine Einheiten hier die entsprechende Aufgabenüberprüfung vertieft macht.

Das Ziel einer Generellen Aufgabenüberprüfung ist es ja schon, dass man auch schaut, wo braucht es etwas nicht mehr. Und das ist eine nicht ganz einfache Situation und hier mache ich auch dem Regierungsrat und insbesondere der Finanzvorsteherin keinen Vorwurf, wer sagt schon gerne, dass er überflüssig ist. Das macht die Verwaltung genauso ungerne wie jede Abteilung in der Privatwirtschaft. Hier glaube ich, gibt es keinen Unterschied zwischen Verwaltung und Privatwirtschaft, niemand hält sich gerne selber für überflüssig. Aber genau deshalb ist es eben sinnvoll, dass man vorgängig solche Entlastungsziele auch hat, damit man danach vielleicht tatsächlich auch etwas offener festhalten kann, dass etwas nicht mehr notwendig ist.

Bisher haben wir das nicht erlebt. Es wurden in den vergangenen Jahren wenig bis gar keine Aufgaben beim Kanton abgebaut, im Gegenteil, es wurden immer mehr Aufgaben dem Kanton aufgebürdet, teilweise gegen den Willen auch des Regierungsrates. Wenn wir irgendwelche Velo-Fachstellen oder sonstige Dinge einrichten, dann sind das neue Aufgaben, die dann entsprechend die Regierung umsetzen muss. Hier würden wir uns auch wünschen natürlich, wenn die Fraktion des erstunterzeichnenden Motionärs von der GLP dann auch in dieser ganzen Legislaturperiode jeweils etwas stärker auf diese Generelle Aufgabenüberprüfungsmentalität intus hätte und nicht immer ständig mit den anderen linken Fraktionen dem Kanton zusätzliche Aufgaben aufbürden würde. Das wäre auch schon ein Teil vielleicht einer Lösung.

Aber nichtsdestotrotz ist es sicher auch richtig, dass der Kanton, dass die Regierung eine solche Aufgabenüberprüfung mit Entlastungszielen macht. Hier glauben wir, gibt es noch Potenzial und ich würde deshalb auch Tanja Soland wünschen, dass sie diesen Vorstoss sehr ergebnisoffen entgegennimmt und das nicht wie offenbar in der Empfehlung jetzt heute abwehren möchte, weil es eigentlich aus unserer Sicht etwas Selbstverständliches sein sollte, dass man so vorgeht. In der Vergangenheit wurde ja auch schon überprüft, ob der Regierungsrat diese Generelle Aufgabenüberprüfung gut macht. Da wurde nur an einzelner Stelle moniert, konkret von der Finanzkontrolle beim Präsidialdepartement, dass dort dieses GAP etwas ungenügend vorgenommen wurde. Wir würden uns natürlich wünschen, dass auch jetzt schon bei dieser GAP, die jetzt dann kommen wird, das, was die Finanzkontrolle dort moniert hat, vielleicht auch schon seitens des Regierungsrates umgesetzt wird.

Nichtsdestotrotz bitten wir Sie, heute diese Motion erst zu überweisen, damit der Regierungsrat uns dann auch berichten kann, wie man das künftig noch zielgenauer an die Hand nehmen kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Ein wichtiger und für uns sehr relevanter Faktor bei der Generellen Aufgabenüberprüfung ist, dass sie eben zieloffen ist. Die vorliegende Motion möchte das nun ändern und sogenannte Verbesserungen und Effizienzgewinne als Zielsetzung definieren. Was genau das heisst und wer dann definiert, was Verbesserungen sind, das bleibt aber offen. Wenn als ein Schwerpunkt konkrete Entlastungsziele genannt werden sollen, dann sprechen wir hier von Sparmassnahmen und von gar nichts anderem.

Warum soll eine Aufgabenüberprüfung mit Entlastungszielen kombiniert werden und warum denken Sie, das sei für die Arbeit innerhalb der Verwaltung zielführend? Das Hauptziel der Verwaltung ist es nicht zu sparen, sondern für die Bevölkerung nach bestem Wissen und Gewissen das zu leisten, was jeweils erforderlich ist. Eine GAP hat also nicht primär zum Ziel, Geld einzusparen, sondern das Geld so einzusetzen, wie es für die Bevölkerung und für den Kanton am besten ist.

Die vorliegende Motion verlangt eigentlich jetzt genau das falsche, nämlich einen Leistungsabbau, indem am Aufwand gespart wird. Was heisst in Anbetracht dieser Tatsache nun also Effizienz, die hier gefordert wird? Wer entscheidet, was effizient ist und wer entscheidet, was erfolgreich ist? Das ist wirklich gefährlich. Wir dürfen und können auch nicht alles nach gleichen Massstäben messen und dann mit der Sparschablone über sämtliche Bereiche gehen.

Deshalb, bitte lassen Sie die GAP weiterhin eine offene Aufgabenüberprüfung sein. Massnahmen, die daraus resultieren können, dürfen nicht im vornherein per Definition schon als Ziel gesetzt sein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Regierungsrat bittet Sie, die Motion nicht entgegenzunehmen. Der Hauptgrund ist die Vermischung mit der Aufgabenüberprüfung. Wenn Sie eine Aufgabenüberprüfung, wie sie jetzt im Finanzhaushaltsgesetz ist, wollen, dann überprüfen wir wirklich auch, ob wir die Aufgaben effizient erbringen und das heisst, nicht nur die Kosten, sondern können wir wirklich diese Aufgaben und Leistungen, die verlangt werden, erreichen. Das gehört halt dort auch dazu und es geht nicht darum, ob wir bei den Kosten effizient sind. Daher ist diese Vermischung schwierig. Wenn Sie wollen, dass wir ein Entlastungsziel formulieren, dann gebe ich einfach meinen Kollegen raus, jetzt wird ein Prozent gespart. Da brauche ich keinen teuren Bericht und viel Aufwand mit einer Aufgabenüberprüfung. Dann sage ich einfach, ihr bringt mir jetzt, was ihr abbauen und einsparen könnt. Diese Vermischung ist daher sehr schwierig.

Was gar nicht geht ist der Eindruck, wir würden dann berichten bei Ihnen im Punkt 3 über die Erreichung der Entlastungsziele und das ist, glaube ich, die Illusion, die hier manchmal besteht, dass wir einfach zehn bis 20 Millionen einsparen und der Grosse Rat muss dann nichts dazu sagen, das passiert einfach. Und das wird nicht so sein. Es werden Vorlagen und Vorschläge kommen, die Sie dann wieder diskutieren, da könnte es dann sein, dass Sie nicht einverstanden sind und dann sind diese 20 Millionen dann vielleicht wieder bei einer Million. Das ist ja der Punkt. Wir können das nicht allein entscheiden.

Und wenn ich die Budgetpostulate anschau vom Januar und wenn ich die Diskussion von gestern anschau, wo Sie auch wieder mehr Staatsbeiträge gegeben haben, wenn ich all diese Diskussionen anschau, dann glaube ich, dass die Schwierigkeit hier nicht unbedingt hauptsächlich bei uns besteht, dass wir die Sachen, die Aufgaben nicht anschauen. Wir machen das immer bei jedem Geschäft, das zu Ihnen kommt, haben wir eine grosse Diskussion darüber. Und es ist mir auch nicht aufgefallen in den letzten vier Jahren, dass Sie dann diese nochmal gekürzt haben, es ging eher in die andere Richtung.

Daher, wenn Sie mir sagen, ergebnisoffen, Sie sagen hier, was wir genau hineinschreiben sollen ins Gesetz, Sie sind ja auch nicht ergebnisoffen, daher lehnen wir das ab. Die Diskussion darüber können wir gerne führen, auch bei jedem Geschäft. Aber wenn Sie so etwas wollen, dann bitte ich Sie, das nicht zu vermischen, dann setzen Sie am besten ein klares Ziel, das können Sie auch mit einem Vorgezogenen Budgetpostulat, das können Sie bei jedem Geschäft machen. Bei jedem Geschäft, bei jeder neuen Aufgabe haben Sie das in der Hand.

Daher bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): In meiner Zeit, als ich noch in der Exekutive war von Bettingen, habe ich ganz am Anfang gelernt, dass im Prinzip, damit man handeln kann, wenn eine gesetzliche Grundlage notwendig ist, ein Budget dafür notwendig ist und dann kann man handeln. Wenn man jetzt die Aufgabenüberprüfung anschaut, die LDP ist schon länger immer mit diesem Thema gekommen, geht es darum, dass die meisten von Ihnen das sicher schon erlebt haben, es fängt an mit einer initialen Aufgabe. Jedes Mal, wenn es einen Wechsel gibt in der Verantwortung, kommen neue Ideen dazu, ja, das könnte ich auch noch machen, das wäre ja im weitesten Sinne auch im Sinne des Auftrags, und so wächst ein Amt an und hat schlussendlich viele Aufgaben, die sie sich selber erteilt hat, die nicht zum ursprünglichen Auftrag direkt gehören. Von daher ist die Messbarkeit, die dort auch gesucht wird, nicht vielleicht in Pekuniären zu suchen, sondern vielmehr auch in der Nähe zum gesetzlichen Auftrag, dass man dort auch sich hinterfragt, was ist eigentlich meine Aufgabe als Amt, als Dienststelle, was muss ich machen.

Es geht nicht um neue Aufgaben. Die neuen Aufgaben, die sind klar, die werden hier gestellt. Über Sinn und Unsinn dieser Aufgaben lässt sich sicher streiten. Vielmehr geht es darum, bei den Aufgaben bestehende Aufgaben kritisch zu würdigen, kritisch zu überprüfen, zu schauen, machen wir immer noch das, was eigentlich der Souverän oder die Legislative verlangt hat. Und klar, ich habe das auch im Gemeinderat in Bettingen gesehen, es gibt Sachen, die konnten wir selber entscheiden, da konnten wir selber etwas machen und diese Abwägung, dass ich dort nachvollziehen kann, dass eine Aufgabe immer noch dem entspricht, das ist für mich jetzt persönlich der zentrale Punkt der Aufgabenüberprüfung.

Es geht da im Prinzip nicht um Entlastungsziele, die wir haben möchten, sondern es geht darum, festzustellen, jawohl, ich habe dort noch Aufgaben. Im Sinne des Fachkräftemangels wäre ja eigentlich dies das gesetzte Ziel, das wir heute verfolgen müssten, weil dann im Prinzip vielleicht die eine oder andere Aufgabe wegfallen würde und dann durch bestehende Mitarbeitenden erledigt werden könnte. Also von dem her, was Luca Urgese und Joël Thüring gesagt haben, da bin ich voll dabei oder da ist die LDP auch voll dabei.

Es geht eigentlich darum, dass es nicht unbedingt, wie Michela Seggiani gesagt hat, nur um das finanzielle Thema geht, sondern das wirklich ganz kritisch zu hinterfragen, mache ich immer noch das richtige. Und das ist eigentlich das grosse Thema bei der Generellen Aufgabenüberprüfung, diese Fakten festzuhalten und wenn es geht, auch über diese zu berichten, damit man auch sieht, aha, ich habe das richtige geprüft. Weil aktuell habe ich ein bisschen Mühe festzustellen, ob das überhaupt oder wie das genau geprüft worden ist, da fehlen mir schon ein bisschen die Fakten und die Daten.

In diesem Sinne herzlichen Dank fürs Zuhören und wir bitten um Überweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Olivier Battaglia, es gibt eine Zwischenfrage. Nehmen Sie sie an? Er nimmt sie an erfreut.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Olivier Battaglia, aber in der Motion steht, er setzt sich konkrete Entlastungsziele. Das stimmt ja jetzt nicht überein mit Ihrem Wunsch.

Olivier Battaglia (LDP): Es wäre die erste Ableitung von dem Wunsch, das heisst, anhand von den Aufgaben komme ich zu Entlastungen, komme ich zu den Einsparungen, die dort verlangt werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen ausser jene des Motionärs, der damit das Wort hat.

Tobias Christ (GLP): Warum Sie diese Motion überweisen sollten, wurde eigentlich durch meine Vorredner von bürgerlicher Seite schon genügend erklärt und natürlich kann ich auch auf den Motionstext verweisen. Einfach nochmal in ganz kurzen Worten. Es geht darum, diese Generelle Aufgabenüberprüfung, die von niemandem als sinnvolles Instrument hier in Frage gestellt worden ist, zu schärfen, dieser mehr Biss zu verleihen.

Nun zu meinen Vorrednern von linker Seite. Sie haben das eigentlich beide in Verbindung gebracht und gesagt, es geht ja eigentlich hier nicht um Effizienz, weil das sei unbestritten, Effizienzsteigerungen seien gut, sondern es gehe um Sparmassnahmen. Das sei eigentlich unsere Hidden Agenda hier, obwohl hier in der Motion natürlich nicht von Sparmassnahmen die Rede ist. Nun, ich will das auch gar nicht in Abrede stellen. Potenziell geht es durchaus um Sparmassnahmen, das kann schon sein. Aktuell sind wir in einer glücklichen Situation, wo das kein Thema ist. Ob zu Recht oder zu Unrecht ist nochmal eine andere Frage, die ich jetzt hier nicht aufmache. Aber aktuell ist der Spardruck, sage ich mal, nicht besonders gross bis nicht existent, je nachdem, wenn man fragt.

Aber hier geht es darum, konkret eine Institution, die wir haben im weiteren Sinne, diese GAP, diese effizienter zu gestalten, gerade auch im Hinblick auf andere Zeiten. Natürlich wünsche ich uns allen, dass wir diese Zeiten gar nicht erleben, wir jetzt als politische Generation. Aber trotzdem macht es Sinn oder gerade deshalb macht es Sinn, weil wir im Moment in einer guten Situation sind, dass wir jetzt darüber nachdenken, wie können wir unsere Instrumente schärfen in der Finanzpolitik.

Und das bringt mich noch auf die weitere Einordnung. Es kommt noch eine zweite Motion, dann kann ich nochmal etwas dazu sagen, aber hier jetzt, wir als GLP, wir stehen für eine nachhaltige Finanzpolitik, wie unsere Regierung, das sage ich gerne, auch für eine nachhaltige Finanzpolitik steht. Trotzdem denke ich, müssen wir hier einen Zacken zulegen, gerade jetzt in glücklichen Zeiten. Dass das nicht ganz einfach ist auch hier mit dieser Motion, ich meine, alle Bedenken, die unsere Regierungsrätin Tanja Soland geäussert hat, kann ich nachvollziehen. Das ist gerade der Grund, warum wir hier bei dieser Motion jetzt das ziemlich deutlich ausformuliert haben, was wir uns wünschen, weil wir wussten, dass die Regierung sonst vor einer sehr schwierigen Aufgabe stehen würde, die sie nicht gut lösen kann oder vielleicht schon könnte, aber dass damit Schwierigkeiten verbunden sind. Und ob das dann wirklich das zur Folge hat, was wir uns wünschen, das hoffen wir natürlich, aber wir sehen die Schwierigkeiten. Aber trotz dieser deutlichen Ausformulierung gibt es sehr viel Auslegung dann, wie man das konkret macht. In Reglementen oder auch ganz konkret einfach im gelebten Alltag der Verwaltung, wenn man diese GAP dann macht.

Konkret noch einmal zu diesem Sparthema. Das Ziel kann ja auch sein, wir machen keine Einsparungen, wir überprüfen einfach die GAP quasi im aktuellen Sinn, so wie ich das verstanden habe, wie es aktuell gemacht wird. Aktuell müssen keine messbaren finanziellen Entlastungsziele erreicht werden, aber dann ist es wenigstens transparent. Im Moment ist es nicht ganz klar, im Moment haben wir das Problem, dass die einen eigentlich erwarten, dass hier sogar Sparmassnahmen betrieben werden. Vom Sparen sind wir sowieso weit weg, lassen Sie uns ehrlich sein. Ich meine, es geht mehr darum, wie stark sollen die Ausgaben wachsen und im Moment wachsen sie sehr stark und überproportional, das nur als Klammerbemerkung. Also Sparen vergessen wir vielleicht sowieso gerade am besten. Aber im Moment erwarten die einen, dass es hier wirklich um Ausgabendisziplin geht bei dieser GAP, andere erwarten eher einfach mal ein bisschen eine Überprüfung, vielleicht schon Effizienzgewinne, aber mehr so im Sinne von, ich frage mal jeden, was macht er genau, wenn ich das salopp sagen darf, und wenn er es nicht so genau weiss, muss er sich halt was Neues überlegen, was er macht. Und das ist auch gut, ich meine das überhaupt nicht polemisch, das hat auch einen Wert, wie dieses ganze Instrument.

Ich danke Ihnen für die Überweisung der Motion in diesem Sinne und komme ja bald nochmal.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt drei Zwischenfragen. Möchten Sie sie annehmen? Sie werden angenommen. Michela Seggiani zuerst.

Michela Seggiani (SP): Wir haben jetzt eine ganz konkrete Motion vorliegen, stärkstes Instrument für uns. Jetzt sagen Sie, Sie wollen die GAP schärfen und Nachhaltigkeit, aber in der Motion steht ganz explizit, es geht um Entlastungsziele. Warum formulieren Sie eine Motion so, wenn Sie etwas anderes wollen?

Tobias Christ (GLP): Ich will nicht etwas anderes, hier steht nicht, wie gross dieses Entlastungsziel ist. Das war auch eine Kritik von Tanja Soland, auch die verstehe ich, da kann ich Ihnen einfach sagen, es werden weitere Motionen folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eine Zwischenfrage wurde zurückgezogen. Jetzt gibt es noch eine von Georg Mattmüller.

Georg Mattmüller (SP): Abgesehen davon, dass die Ausgaben nicht überproportional steigen, eine Frage zur GAP. Wenn man jetzt bei einer GAP herausfindet, dass man eigentlich etwas mehr Ressourcen braucht, weil man dann sinnvoller die Aufgabe erfüllen kann, wie steht das dann im Zusammenhang mit dem Entlastungsziel?

Tobias Christ (GLP): Das hängt davon ab, wie man auf welcher Ebene das Entlastungsziel definiert. Das lassen wir alles offen in der Motion, aber es kann durchaus sein, dass man gewisse Effizienzgewinne an einem Ort am anderen Ort aufbraucht und trotzdem noch das Ziel erreicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002856, 08.02.24 09:27:36]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich entschieden, die Motion zu überweisen mit 51 Ja-Stimmen gegen 44 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

24. Motion 8 Tobias Christ und Konsorten betreffend die Einführung eines Aufgaben- und Finanzplans

[08.02.24 09:27:44, 23.5658.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Wir eröffnen dazu die Debatte. Es hat sich als erste Einzelsprecherin Anina Ineichen gemeldet.

Anina Ineichen (GAB): Wir haben es hier mit einem Instrument aus dem Sortiment des New Public Managements zu tun. Es kommt aus den 90ern, etwas veraltet, aber dafür gut untersucht. Einige Kantone haben das schon eingeführt und das wurde auch gut untersucht. Das Ziel des Aufgaben- und Finanzplans ist es, die mittelfristige Steuerung des Parlaments zu stärken. Die politischen Schwerpunkte verbindet man diesbezüglich mit Leistungen und Finanzen. Dies erfordert eine gewisse Stringenz, Klarheit und ein Durchhaltevermögen, dabei zu bleiben. Das Problem dabei ist, Politik ist sehr volatil und unsere Entscheidungen leider nicht immer ganz objektiv und rational. Das Resultat davon ist jetzt ein sehr komplexes Instrument und die Wissenschaft, zumindest diese Studien, die ich konsultiert habe, sehen keine Evidenz, dass dieses Instrument wirklich eine Verbesserung bringt.

Das Fazit ist, dass wir hier ein Instrument möchten, das nicht wirklich eine Verbesserung bringt, aber es ist eine Motion und das ist bedauerlich, weil hier müsste es dann eingeführt werden. Es ist unverständlich, dass gleich mit diesem Instrument das gefordert wird und nicht das Fenster geöffnet wurde, um weitere Instrumente vielleicht zuzulassen, welche vielleicht eine Verbesserung bringen würden. Man muss aber auch sagen, dass wir im Moment ein Instrument haben, das eigentlich relativ gut funktioniert. Natürlich ist das Parlament nicht so gut eingebunden in die mittel- und langfristige Finanzplanung, aber mit dem Budget können wir auch steuern und machen das ja auch fleissig.

Das GAB empfiehlt darum, dieses Instrument aus den 90ern da zu lassen und das 90er Revival der Mode zu überlassen und diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Anina Ineichen, möchten Sie die Zwischenfrage von Daniel Seiler annehmen? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Es geht nicht um die 90er-Jahre, aber wir gehen davon aus, dass wir im 2027 fünf Milliarden Schulden haben gemäss Finanzplan und diese Diskussionen finden eben hier so nicht statt. Finden Sie das nicht problematisch?

Anina Ineichen (GAB): Wie Tanja Soland vorhin ausgeführt hat, hätten wir durchaus Möglichkeiten, uns in die Diskussion einzubringen und machen dies nicht. New Public Management ist effektiv aus den 90ern.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Das Budget, die Budgetierung, die Budgethoheit, das ist die Kernaufgabe eines jeden Parlaments. Das ist wirklich das wichtigste Instrument, das ein Parlament zur Verfügung hat, neben den weiteren Instrumenten, die wir haben. Aber das ist der Kern. Ich habe jetzt doch in diesen neun Jahren schon einige Budgetdebatten mitverfolgt und sie haben gewisse Parallelen. Man versucht dann irgendwo noch kurzfristig zu reagieren und irgendwie noch etwas anzupassen. Wir haben versucht, diese Budgetdebatten auch mitzugestalten auf den verschiedensten Wegen, mit den verschiedensten Instrumenten, aber die Gemeinsamkeit war eigentlich immer, dass es hiess, ja, das kommt jetzt zu kurzfristig, das kommt jetzt zu knapp, der ganze Budgetprozess ist ja eigentlich schon gelaufen, da kann man jetzt nicht mehr allzu viel machen, das macht so keinen Sinn mehr.

Wir haben dann auch einen Anlauf unternommen, da noch ein bisschen längerfristiger auf die Budgetierung einwirken zu können. Sie erinnern sich vielleicht an den Vorstoss, der eine sogenannte Finanzmotion gefordert hat. Das hat dann seine Mühlen gedreht, seine Mühle gedreht, kam, glaube ich, zweimal ins Plenum und am Schluss hat man das dann irgendwo schicklich begraben.

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir als Parlament nicht nur kurzfristig auf das nächste Budget Einfluss nehmen können, sondern dass wir auch auf die mittelfristige Finanzentwicklung des Kantons und der Finanzen des Kantons Einfluss nehmen können. Dafür tragen wir ganz konkret die Verantwortung als Parlament. Wir müssen mittelfristiger, wir müssen langfristiger denken, wenn es um die finanzielle Entwicklung des Kantons geht.

Wir dürfen durchaus auch selbstkritisch mit uns selbst sein. Das Ausgabenwachstum des Kantons ist jetzt nicht eine Schuld des Regierungsrates, sondern dafür tragen wir ganz wesentlich auch eine Mitschuld. Umso wichtiger ist es, dass wir immer wieder uns vor Augen führen, was soll eigentlich die mittel-, langfristige finanzielle Entwicklung unseres Kantons sein. Und das Instrument dafür ist, dass wir halt auch in der Verantwortung stehen, nicht nur für das nächste Budget, sondern auch für das übernächste Budget und für das überübernächste Budget. Und genau das ist Zweck und Wesen des Aufgaben- und Finanzplanes, so wie es von dieser Motion vorgeschlagen ist.

Selbstverständlich ist dieses Instrument auch flexibel. Anina Ineichen hat von volatilen Entwicklungen gesprochen. Selbstverständlich kann man dann in der konkreten Budgetierung, das verschiebt sich ja jeweils zum neuen Jahr, selbstverständlich kann man dort auch berücksichtigen, was ist jetzt passiert, man kann Entwicklungen einfliessen lassen, das ist ja dann nicht in Stein gemeisselt. Aber dass zumindest das Parlament sich Gedanken macht, in welche Richtung sollen sich die Ausgaben unseres Kantons entwickeln, wie fest sollen sie denn wachsen.

Dafür, denke ich, müssen wir eben Verantwortung übernehmen und deshalb ist dieses Instrument der AFP so wichtig. Es ist jetzt auch kein völlig neues Instrument, das noch nie ausprobiert wurde. Zum Beispiel, unser Nachbarkanton macht das seit vielen Jahren in bewährter Manier, andere Kantone haben das auch eingeführt, dort hat es sich auch bewährt und ich glaube, wir tun gut daran, wenn wir unseren zeitlichen Horizont bei der Budgetierung ein bisschen erweitern.

Deshalb bitte ich Sie, diese Motion zu überweisen. Ich nehme die Zwischenfrage an.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei der Zwischenfrage von Georg Mattmüller.

Georg Mattmüller (SP): Luca Urgese, Ihnen ist schon klar, dass die Kantone, die einen AFP haben, keine finanzbezogenen Instrumente haben wie Budgetpostulat oder Vorgezogenes Budgetpostulat?

Luca Urgese (FDP): Ja, aber das haben wir auch schon alles ausprobiert in diesem Haus. Es zeigt sich einfach, es funktioniert nicht in der mittel- und langfristigen Finanzplanung von Seiten Parlament.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Ein Aufgaben- und Finanzplan soll jetzt eingeführt werden, aber den Finanzplan zu erstellen soll weiterhin Aufgabe der Regierung sein. Das ist nicht schlüssig. Wir haben bereits eine Finanzplanung, die zur mittelfristigen finanziellen Planung und Steuerung des Finanzhaushalts dient. Die wird jährlich überarbeitet und stellt die Basis für die Budgetvorgaben der Departemente. Die Motion will nun diese Kompetenz der Regierung entziehen. Der Grosse Rat soll, um die Qualität zu steigern, an der regierungsrätlichen Gesamtplanung mitarbeiten. Ich sehe die Arbeit der Regierung und der

Verwaltung in Bezug auf die Finanzplanung und Kontrolle qualitativ als sehr hoch und gut. Es ist ebenfalls gut, die Kompetenz dafür beim Regierungsrat zu lassen.

Die vorher gerade eben diskutierte Motion verlangt eine Aufgabenüberprüfung, die zielorientiert für mehr Effizienz sorgen soll. Wenn nun der Grosse Rat an der Finanzplanung mitarbeitet, wage ich eine Verbesserung oder gar eine Effizienzsteigerung stark zu bezweifeln. Wir führen jährlich eine Budgetdebatte im Parlament. Die Möglichkeiten, die wir hier als Parlamentarier*innen haben, können grossen Einfluss auf die Finanzen haben. Ebenfalls können finanzpolitische Diskussionen auch jetzt schon Qualität aufweisen und relevant sein. Das hängt doch auch von unseren Motionen, Budgetpostulaten und Voten ab, würde ich jetzt mal zu behaupten wagen.

Die Fraktion der SP ist aus diesen Gründen gegen die Überweisung der Motion und möchte nicht, dass der Regierung diese Kompetenz abgesprochen wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zur nächsten Einzelsprecherin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich finde, im Gegensatz zur letzten Motion, die ich etwas widersprüchlich finde, kann man hier darüber diskutieren. Das kann man anschauen und diskutieren und Vergleiche machen mit anderen Kantonen. Der Regierungsrat bittet Sie trotzdem, diese nicht zu überweisen.

Wir haben eigentlich mit dieser Finanzmotion diese ganze Diskussion auch schon geführt und der Grosse Rat hat sie dann abgeschrieben und nicht weiter überwiesen. Zudem geht es hier um einen Bereich, der nicht nur einfach in unserem Kompetenzbereich ist, sondern sogar von der Verfassung. Also wir wären dann am Ende vielleicht sogar bei einer Volksabstimmung. Zudem muss ich Ihnen sagen, befürchte ich einfach, dass wir hier ein Bürokratiemonster machen, aber das können wir Ihnen dann auch noch aufzeigen.

Ich verstehe einfach nicht, warum Sie die Mittel nicht nutzen, die Sie schon haben. Es gibt Planungsansätze, Vorgezogenes Budgetpostulat, das wird eher selten benutzt. Luca Urgese sagt, es habe nichts genutzt, da muss ich vielleicht einmal nachschauen, was damals wirklich passiert ist. Ich bin nicht so sicher, ob es gerade beim Regierungsrat dann schon nichts genutzt hat oder wie es dann weiterging, das müssen wir vielleicht anschauen. Aber ich glaube, Sie haben Mittel und Möglichkeiten, die Sie nutzen können und sollten, bevor wir hier jetzt bereits wieder etwas Neues einführen und die Kompetenzen des Regierungsrates weiter einschränken.

Daher bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zum Motionär Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Ich kann es dieses Mal sogar noch ein bisschen kürzer machen als das letzte Mal. Ich danke wiederum meinen Vorrednern, insbesondere Luca Urgese, der sehr gut erklärt hat, warum diese Motion sinnvoll ist und überwiesen werden sollte. In meinen Worten auch nochmal ganz kurz gesagt, es geht nicht darum, der Regierung Kompetenzen wegzunehmen. Es geht darum, dass wir als Parlament, als Legislative am richtigen Ort auf die Finanzplanung einwirken können und wir glauben wirklich, da tut es Not, dass das weiter vorausschauend passiert, dass früher im Prozess unsere Einflussnahme passiert. Ich sage nichts dazu, inwiefern die aktuellen Instrumente gut sind, ob sie sich bewährt haben oder wenn nicht, warum sie sich nicht bewährt haben, usw., dazu bin ich noch zu wenig genau in dieser Thematik drin. Da kann ich vielleicht in ein paar Jahren hoffentlich mehr dazu sagen, wenn ich wiedergewählt werde ins Parlament. Aber ich bin absolut überzeugt davon, dass es richtig ist, dass man davon weggeht, auf ein Budget, das relativ kurzfristig ist und auch sein muss, einzuwirken als Parlament, sondern das früher passieren muss.

Diese Motion ist im Gegensatz zu der vorherigen Motion viel offener formuliert. Regierungsrätin Tanja Soland hat ja auch gesagt, dass sie da durchaus sieht, dass man das diskutieren kann, anschauen kann. Es klang jetzt aber nicht sehr wohlwollend von ihr. Ich wünsche mir wirklich, dass wenn wir diese Motion überweisen, dass sie das wirklich offen anschaut und auch wirklich anschaut im Hinblick darauf, dass wir das wirklich als Parlament durchziehen und auch so wollen und dann überlegen, wie das funktionieren kann, ohne dass man wirklich Kompetenzen der Regierung wegnimmt. Es bleibt die Hauptkompetenz der Regierung, diesen Aufgaben- und Finanzplan zu machen. Es geht darum, dass das Parlament das richtig und rechtzeitig absegnet. Das zweite ist dann auch, wie kann das passieren, ohne dass es ineffizient ist, zusätzlichen Aufwand bedeutet. Im Idealfall haben wir am Schluss nicht mehr Debatten und die Verwaltung hat nicht mehr Arbeit, sondern sie passiert einfach ein bisschen anders und effizienter.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Michela Seggiani an? Sie wird angenommen.

Michela Seggiani (SP): Jetzt relativieren Sie wieder sehr stark und Sie wünschen sich, dass das überprüft wird. Warum haben Sie nicht einen Anzug verfasst?

Tobias Christ (GLP): Weil wir in der Grundform sehr deutlich und klar sind und von der wollen wir auch nicht abweichen. Wir wollen wirklich, dass es hier nicht einfach diskutiert wird, ein weiterer Bericht kommt, wo uns erklärt wird, dass es schon gut ist und wir nutzen die bestehenden Instrumente falsch. Das brauchen wir nicht. Wir sind überzeugt, es braucht hier einen Wechsel.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt weitere Zwischenfragen. Nehmen Sie die ebenfalls an? Sie werden angenommen. Zuerst Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Regierungsrätin Tanja Soland hat hier von einem Bürokratiemonster gewarnt, zu dem sich das entwickeln könnte. Mir ist nicht ganz klar geworden, was bezwecken Sie, auf was für Parameter wollen Sie überhaupt Einfluss nehmen mit diesem Instrument? Ich habe es wirklich nicht ganz verstanden aufgrund Ihrer Ausführung.

Tobias Christ (GLP): Danke, dass diese Frage auch noch kommt. Auch hier noch implizit, wenn die Verbindung hergestellt wird vom Bürokratiemonster zum Sparmonster, also erstens noch einmal, wir wollen keine Bürokratiemonster, klar. Zweitens kann es durchaus sein, dass es dann irgendwann einmal in Zukunft darum geht, dass man zum Beispiel wirklich auf das Aufgabenwachstum ganz direkt Einfluss nehmen will und das kann man mit so einer Aufgaben- und Finanzplanung viel adäquater machen als mit den aktuellen Instrumenten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die dritte Zwischenfrage von Georg Mattmüller.

Georg Mattmüller (SP): Tobias Christ, machen Sie sich keine Sorgen, dass wir uns in etwas zu viel Mikromanagement verlieren könnten, wenn wir auf vier Finanzplanjahre zugreifen von Seiten Parlament?

Tobias Christ (GLP): Nein, diese Gefahr sehe ich jetzt eigentlich nicht. Für mich ist es, eine Teilgefahr wird subsumiert durch das drohende Bürokratiemonster. Das wollen wir nicht und das werden wir auch vermeiden. Da mache ich mir keine Sorgen, da wird Tanja Soland einen guten Vorschlag uns präsentieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 45 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002858, 08.02.24 09:44:30]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben entschieden, die Motion zu überweisen mit 50 Ja-Stimmen gegen 45 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

26. Anzug 1 Eric Weber betreffend Freikarten für Grossräte

[08.02.24 09:44:46, 23.5615.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Anzugssteller hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich mache diesen Anzug für Sie, nicht für mich, da es mich ab 2025 nicht mehr betrifft. Ich mache das quasi als Abschiedsgeschenk. Ich bin von vielen Grossräten gefragt worden hier im Parlament, Eric, was machst du? Ich habe gesagt, ich habe einen 5-Jahresvertrag für die AfD und Familie Le Pen in Brüssel. Die Fotos auch auf meiner Homepage zum Anschauen. Ich weiss, von was ich spreche. Ich sehe die Eleganz in anderen Parlamenten. Dort wird alles für die Damen und Herren Abgeordnete gemacht. Es ist so, ich sehe die Einladungen, die für andere Abgeordnete oder selbst für die Mitarbeiter sind. Aber bei uns in Basel wird nichts gemacht.

Was stelle ich mir konkret bei diesem Anzug vor, dass Ausflüge und Besichtigungen für uns Grossräte organisiert werden. So könnte man zum Beispiel ein Schreiben bekommen: Werte Grossräte, am 24. Juni können wir auf den Roche-Turm, am 26. Juni fahren wir mit dem Schiff drei Stunden durch Basel. Aber all das gibt es nicht in Basel. Solche Sachen, solche Briefe vermisse ich. Und dann bekommt man eine Einladung zum Drummeli für zwei Plätze, dann heisst es, man muss sich per E-Mail anmelden, dann habe ich denen zurückgeschrieben, ich möchte ein Ticket bitte in meinem Postfach. Nein, Sie müssen es am Schalter abholen. Das sind einfach solche Sachen, die unüblich sind, die kompliziert sind und dann habe ich das Ticket an Familienmitglieder weitergegeben, habe denen eine Vollmacht geschrieben mit Anwalt, damit sie auch das Ticket bekommen, aber das Ticket haben sie unkompliziert bekommen.

Die älteren Grossräte wissen es, wir haben Freikarten bekommen für «Wetten, dass..?» mit Thomas Gottschalk in Basel. Wir haben Freikarten bekommen für Holiday on Ice, die weltberühmte Ice-Show mit Katarina Witt, DDR-Olympiasiegerin in Basel. Wir haben zehn Freikarten pro Jahr bekommen für das Theater Basel. Wir hatten TV-Shows mit Kulenkampff «Einer wird gewinnen», aber was ist heute? In meinem Anzug schreibe ich, tote Hose. Im Anzug steht das Wort tote Hose und das finde ich traurig. Für das muss man nicht Grossrat sein und sich beschimpfen lassen, dass man dann nicht einmal in den Genuss kommt von Freikarten, wie wir das früher in Hülle und Fülle bekommen haben und jetzt tote Hosen. Das finde ich nicht okay und ich sehe ja, wie andere Politiker eingeladen werden. Aber wir Grossräte, nur wir Grossräte haben eine stiefmütterliche Behandlung, was das kulturelle, gesellschaftliche Leben anbelangt.

Es ist die Aufgabe des Ratsbüros, uns Grossräte mit Freikarten zu versorgen. Ich brauche keine Freikarte, weil ich einen Presseausweis habe, komme ich eh überall rein. Ich rede nicht für mich, ich rede einfach im Vergleich mit anderen Parlamenten. Ich stelle fest als langjähriger Grossrat, wir sind weit unter dem Niveau von anderen Parlamenten. Und das kann auch nicht sein, dass ich als Grossrat dann immer Anfragen stellen muss, dürfen wir dorthin, dürfen wir dorthin, dürfen wir dorthin. Wir hatten das UEFA Cup Finale im Joggeli 2015. Da musste ich auch 20 Briefe schreiben an die UEFA nach Lausanne, dass wir Karten bekommen. Dann ist eine Ablehnung gekommen und das finde ich dann schade, wenn man Grossrat ist von Basel und nicht an das UEFA Cup Endspiel ins Joggeli darf.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 71 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002860, 08.02.24 09:50:41]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Überweisung des Anzugs abgelehnt mit 71 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme bei keiner Enthaltung.

27. Anzug 2 Sandra Bothe und Konsorten betreffend Stärkung der demokratischen Werte in der Volksschule: Entflechtung des Sammelbereichs «Ethik, Religionen, Gemeinschaft», berufliche Orientierung, Klassenstunde

[08.02.24 09:50:50, 23.5628.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wird dies bestritten?

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

28. Anzug 3 Philip Karger und Konsorten betreffend Bürokratie in der Verwaltung von Basel-Stadt

[08.02.24 09:51:24, 23.5629.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Wir eröffnen dazu die Debatte. Es hat sich als erster Einzelsprecher Stefan Wittlin gemeldet.

Stefan Wittlin (SP): Ich spreche mangels Alternative als Einzelsprecher, ich darf aber sowohl die Haltung der SP wie auch des GAB vertreten. Wir verstehen und unterstützen das Grundanliegen dieses Anzugs. Nicht ohne Grund haben mehrere Mitglieder der SP-Fraktion den Anzug mitunterzeichnet. Auch ich weiss sowohl aus eigener Erfahrung wie auch vom Hörensagen, dass die Abläufe bei den kantonalen Behörden nicht überall und immer reibungslos funktionieren. Viele meiner Erfahrungen waren aber positiv.

Wir wollen den Anzug nicht überweisen, weil das Anliegen nur sehr vage beschrieben und dadurch auch für jene, die die Forderungen umsetzen müssen, nur schwer fassbar bleibt. Sie sprechen von bürokratischen Wegen, die vereinfacht werden sollen. Es bleibt aber unklar, was damit genau gemeint ist. Konkret wirkt der Anzug einzig bei einem Thema, bei den Baubewilligungen. Hier sind die politischen Aufträge aber längst erfolgt und es braucht unseres Erachtens keine weiteren Vorstösse. Ich verweise auf die Motion der BRK betreffend Vereinfachung des Bewilligungswesens, die ist schon älter, von 2018, die mittlerweile wieder bei der Kommission liegt und ich kann Ihnen sagen, es wird von verschiedenen Seiten an Lösungen für dieses Problem gearbeitet, aber es ist vielschichtig und es ist komplex.

Deutlich weiter sind wir bei der Digitalisierung des Bewilligungsverfahrens im BVD. Im Oktober 2021 haben wir hier im Grossen Rat gut zwei Millionen Franken für dieses Anliegen gesprochen. Und seit der Beantwortung der Interpellation von Lydia Isler-Christ betreffend dringender Revision des Baubewilligungsverfahrens im Mai 2023 wissen wir auch, dass, ich zitiere: der Projektabschluss per April 2024 terminiert ist. Zitat Ende. Wir warten also gespannt auf dieses Ergebnis.

Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse und des »Chrüzlistichs« darf davon ausgegangen werden, dass der Anzug trotz unserer Bedenken überwiesen wird. Vielleicht kann der Anzugssteller in seinem Schlusswort noch etwas näher darauf eingehen, welche konkreten Verbesserungen er sich wünscht. Ich erhoffe mir, dass dadurch der bürokratische Aufwand für die Beantwortung des Anzugs etwas reduziert wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Roger Stalder.

Roger Stalder (SVP): Als klare KMU positionierte Partei stimmen wir dem Anzug natürlich zu. Es ist wichtig, dass KMU, die bereits wegziehen wegen dieser immensen Bürokratie, das nicht noch mehr leisten müssen und es ist auch richtig, dass man eine digitale Unterschrift leisten kann, um schnell eine Bewilligung zu bekommen. Wir sind jetzt schon sehr erstaunt, zwei Parteien, die in die Basler Regierung wollen mit Unternehmern, lehnen das ab. Darum kann ich nur sagen, wählen Sie bürgerlich am 3. März.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Stefan Wittlin. Sie wird nicht angenommen. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit hat der Anzugssteller Philip Karger das Wort.

Philip Karger (LDP): Wenn für mich ein Behördenkontakt ansteht, habe ich immer etwas gemischte Gefühle. Ich frage mich dann, finde ich auf Anhieb die richtige E-Mailadresse oder Telefonnummer. Wenn ich sie finde, frage ich mich, ist der Kontakt richtig und/oder wie oft werde ich innerhalb einer Behörde wohl weiterverbunden und muss mein Anliegen entsprechend wiederholen. Eine weitere Frage, die ich mir stelle, wäre es nicht besser, mein Anliegen einfach per Brief zu formulieren, wenn mir am Ende eines Gesprächs mit dem Amt gesagt wird, ich soll es schriftlich und persönlich unterschrieben schicken. Ich frage dann immer, ob es auch per PDF und zertifizierter Signatur geht, damit habe ich aber wenig Erfolg. Für das Einsenden grosser Dokumente besteht ein eigens eingerichteter Kanal beim Kanton, an dessen Benutzerfreundlichkeit man sich jedoch erst gewöhnen muss, denn sobald mehrere Dateien eingeschickt werden sollen, funktioniert das nicht mehr. Es kann immer nur ein Dokument eingereicht werden. Deshalb wurde mir empfohlen, eine der üblichen Transfermethoden zu verwenden. Es gibt also noch sehr viel Spielraum für eine Vereinfachung der bürokratischen Verfahren.

Vielen Mitgliedern von pro-KMU.net geht es wie mir, wenn sie an den Umgang mit Behörden denken. Die Regulierungen haben in den letzten Jahren zugenommen und die damit verbundene Bürokratie belastet gerade die KMU immer mehr. Statt sich auf das Kerngeschäft zu konzentrieren, müssen zum Beispiel Genehmigungen umständlich eingeholt werden und trotz des technischen Fortschritts ist es immer noch viel zu oft notwendig, persönlich beim Amt zu erscheinen oder einen Antrag schriftlich einzureichen. Dies verursacht zusätzliche Kosten für die Unternehmen und damit auch für ihre Kunden. KMU nutzen automatische und digitale Wege, um mit Kunden und Partnern in Kontakt zu treten. Das wünschen sie sich auch für den Kontakt mit Behörden.

Vereinfachte und automatisierte Prozesse würden auch die Mitarbeitenden des Kantons entlasten. Damit könnte der permanenten Überlastung der Kantonsangestellten entgegengewirkt werden. Die erwähnte Analyse bei der KMU soll helfen, die Abläufe zu durchleuchten und deren Vereinfachung kundennahe zu gestalten.

Ich bitte Sie also, diesen Anzug zu überweisen, damit die Regierung dazu berichten kann. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Lukas Engelberger an? Sie wird abgelehnt. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 36 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002863, 08.02.24 09:59:10]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich entschieden, den Anzug zu überweisen mit 50 Ja-Stimmen gegen 36 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen.

29. Anzug 4 Eric Weber betreffend Grossräte müssen in ihrem Wahlkreis wohnen

[08.02.24 09:59:22, 23.5630.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Der Anzugssteller hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich kann Ihnen versprechen, das ist mein zweitletzter Anzug in dieser Legislatur. Es kommt dann nur noch der Anzug über hochgewichtige Menschen und mit diesem Anzug höre ich dann auf. Das ist dann die Krönung.

Aber jetzt zu meinem zweitletzten Anzug in meiner Legislaturperiode. Ich möchte Ihnen sagen, ich habe den Anzug wie auch meinen allerletzten Anzug mit sehr viel Herzblut geschrieben. Sie sehen es, auf Seite 27 ganz unten ist meine Begründung, natürlich in Kurzform. Für mich als Grossrat ist das Wählertäuschung, was wir hier haben. Ich habe solche Zeitungen gelesen, dann fand ich, das Thema könnte ich noch bringen. Sie selber sagen ja, wir wollen immer transparent und offen sein und ich finde, als Grossrat muss auch auf dem Wahlzettel stehen, ob man in Riehen oder im Kleinbasel wohnt. Wenn nämlich auf dem Wahlzettel steht bei einem Grossrat, der in Kleinbasel kandidiert, aber in Riehen wohnt, das schadet dann und es würde diesen Grossräten nützen, die im Wahlkreis wohnen.

Riehen ist im Parlament übervertreten mit Grossräten, das ist so. Es sind viele Grossräte in Kleinbasel, die dort kandidiert haben, aber in Riehen wohnen. Warum ist das so, weil halt in Riehen viele Leute mit viel Geld wohnen. Ich sehe aber die Sache problematisch. Wer setzt sich für das Kleinbasel ein und darum habe ich den Anzug gemacht und sage, es heisst immer, der Grosse Rat soll unsere Gesellschaft und alle Bürger abbilden und vertreten. Schaut man genauer hin, so kann man sehen, dass viele Kleinbasler Grossräte sind, aber in Riehen wohnen. Gemeint sind Grossräte, die in Kleinbasel auf einer Liste kandidieren, aber zum Beispiel in Riehen wohnen oder gar auf dem Bruderholz, was noch weiter weg ist vom Kleinbasel. Darum finde ich, kann der Regierungsrat einmal prüfen, wie erreicht werden kann, dass nur noch Grossräte kandidieren, die in ihrem Wahlkreis leben. Dann hätten wir gerade hier 40 Grossräte weniger oder die Grossräte müssen warten, bis ein Listenplatz im Grossen Rat frei ist. Ich finde, die Sache ist berechtigt.

Es gibt dann diese Grossräte, die lokal bekannt sind. Wie André Auderset in Kleinbasel sehr bekannt ist, gibt das dann natürlich auch einen Bonus, wo der Wähler sagt, okay, der ist in diesem Quartier, den sehe ich dort und der vertritt meine Interessen zu den Kanaldeckeln und zu dieser Strassenbaumassnahme zum Beispiel. Jetzt, wo ich wohne, in der Bäumlhofstrasse wird alles umgebaut und man hat einen besseren Bezug dazu, wenn man im Wahlkreis ist und wenn man im Wahlkreis, wo man gewählt ist, auch tagtäglich die Baumassnahmen sieht oder andere Sachen. Darum habe ich diesen Anzug gemacht. Ich schliesse jetzt, auch wenn ich weiss, dass ich mit diesem Anzug keine Chance habe. Es ist mein zweitletzter Anzug, der letzte Anzug von mir kommt dann im März zum Thema hochgewichtige Menschen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 77 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002865, 08.02.24 10:04:54]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben entschieden, den Anzug nicht zu überweisen mit 77 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme bei keiner Enthaltung.

30. Anzug 5 Fleur Weibel und Konsorten betreffend Wissen schaffen und austauschen: Was ist los im Kleinbasel und was braucht es?

[08.02.24 10:04:59, 23.5651.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich kann Fleur Weibel die Antwort geben, was ist los in Kleinbasel und was braucht es. Es hat zu viele Illegale, die dort unbeschäftigt den ganzen Tag rund um die Dreirosenanlagen und anderen Stellen ihr Unwesen treiben und es hat wahrscheinlich zu wenig Polizei. Was braucht es, es braucht mehr Polizei. Das ist die Antwort auf Ihre Fragen. Sie brauchen deshalb keine Studie bei der Fachhochschule oder bei der Universität dazu in Auftrag zu geben, das ist schlicht und ergreifend unnötig. Ich verstehe natürlich Fleur Weibel vom Grundsatz her schon, sie möchte es von einer wissenschaftlichen Seite her anschauen, das ist nicht per se etwas, was ich schlecht finde. Nur ist es in diesem ganz konkreten, spezifischen Fall schlicht und ergreifend nicht notwendig, weil die Faktenlage bereits sehr klar ist.

Der Regierungsrat hat beispielsweise auch schon vor einigen Monaten auf eine Anfrage von SP-Grossrat Mahir Kabakci ausgeführt, was ein grosser Anteil des Problems ist, nämlich eben, dass wir eine zu starke illegale Migration haben, dass wir zu viele unbegleitete minderjährige, diese UMAs haben, die dort den ganzen Tag unbeschäftigt sich aufhalten. Dass wir ein Problem mit dem Drogenhandel haben, das ist bekannt und muss deshalb auch nicht tiefergehend untersucht werden.

Wir sind eigentlich bereits einen Schritt weiter. Wir müssen kein Wissen mehr schaffen und uns austauschen. Wir müssen jetzt Massnahmen implementieren und diese Massnahmen konnten Sie alle hier in diesem hohen Hause schon mehrfach mit uns gemeinsam an den Regierungsrat adressieren. Sie hätten alle unsere Vorstösse unterstützen können, die hätten das Problem mit der Sicherheit in Kleinbasel weitgehend gelöst. Bessere Beleuchtungen auf diesen Wegen, Videoüberwachung verlängern auf der Dreirosenanlage, das hat dann der Regierungsrat selber verlängert, mehr Polizeipräsenz in den Quartieren, eine verstärkte Absicherung und Kontrolle unserer Grenzen und eine möglichst rasche Rückführung von illegalen Migranten in die Heimatländer und eine starke Bekämpfung des Drogenhandels über verschiedene Massnahmen. Das ist das, was es braucht, hierfür sind alle entsprechenden Mittel bereits vorhanden und können auch ausgeschöpft werden.

Das ist zu dieser Forderung der Studie, da möchte Fleur Weibel ja auch noch regelmässig Informationsaustausch-Gefässe mit den zuständigen kantonalen Stellen. Da wehren wir uns nicht dagegen, das ist aber auch heute schon möglich, dafür braucht es den Anzug nicht. Wenn das auch aus der Quartierbevölkerung gewünscht ist, dann soll das selbstverständlich auch gemacht werden. Dafür gibt es ja auch das Community Policing, welches hier in diesem Bereich aktiv sein kann. Hier glauben wir, braucht es nicht den Anzug dazu.

Und der letzte Punkt ist, sie wünscht sich, Fleur Weibel, dass es eine Anlaufstelle oder zuständige Stellen gibt, die bezeichnet werden, wenn es zu problematischen Vorfällen oder Gewaltdelikten kommt. Ja, auch hier ist es die Polizei, die dafür zuständig ist, wenn es zu Gewaltdelikten kommt. Da brauchen Sie keine andere Stelle, diese Stelle gibt es bereits, das Telefon 117 oder jeder Polizeiposten, der in Ihrer Nähe liegt. Und andere problematische Vorfälle sind ja ebenfalls im Zusammenhang mit dann vielleicht auch Vergehen gegen das Strafgesetzbuch entsprechend zu ahnden, auch hier ist die Polizei zuständig. Das ist deshalb aus unserer Sicht ebenfalls nicht notwendig.

Deshalb bitten wir Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen. Wie gesagt, wir wünschen uns auch, dass es einen Austausch gibt, da sind wir uns einig. Fleur Weibel war ja offenbar auch an diesem Drogenstammtisch in Kleinbasel, wenn ich das in den Medien richtig verfolgt habe. Das erachten wir als richtig, dass es diesen Austausch gibt. Nur muss es dann auch einmal möglich sein, dass wenn wir diese Austausch-Gremien oder Gefässe haben, dass es dann auch zur Repression kommt und hier ist ja leider Ihre Partei zusammen mit ihrer Allianz-Partnerin, der SP, meistens nicht so sehr dabei, wenn es um Repression geht.

Und da sind wir wieder bei diesem alten Spiel, Prävention funktioniert eben auch nur dann, wenn es irgendwann einmal eine Ahndung gibt über die Repression. Hier glauben wir, müssen wir nachbessern und wir müssen vor allem schauen, dass die Polizei in Kleinbasel stark präsent ist, um den Menschen, die dort wohnen, dieses Unsicherheitsgefühl wegzunehmen. Dazu hilft es, mehr Polizei zu haben und dabei unterstützen wir selbstverständlich die Regierung sehr gerne, alles andere, glauben wir, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr notwendig.

Wir bitten Sie deshalb, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (GAB): Das Sicherheitsgefühl in Kleinbasel hat abgenommen. Ich selbst wohne im Kleinbasel zwischen Dreirosenmatte und dem Matthäusplatz. Ich kenne die Situation und spüre die Stimmung im Quartier. Es ist wichtig, dass wir vom Grossen Rat ein klares Signal an die Bevölkerung setzen: Wir hören euch, wir nehmen eure Anliegen ernst. Es liegt aber an uns, mit Sorgfalt und Bedacht zu handeln und genau diesen Ansatz verfolgt der vorliegende Anzug, der eine wissenschaftlich begleitete Analyse der sozialen Problemlagen im Kleinbasel sowie regelmässig Informations- und Austauschformate fordert. Und Joël Thüring, der Regierungsrat ist kein wissenschaftliches Gremium und kann deshalb auch keine wissenschaftliche Einschätzung für diese Situation geben.

Die vorgeschlagenen Massnahmen zielen darauf ab, langfristige und nachhaltige Lösungen für die sozialen Probleme im Kleinbasel zu entwickeln. Sie sollen dazu beitragen, die grundlegende Ursachen der Probleme zu verstehen und effektive Strategien zur Bewältigung zu entwickeln. Diese Art von Herangehensweise erfordert Zeit, Ressourcen und die Zusammenarbeit verschiedener Akteure, einschliesslich der Wissenschaft, Verwaltung, zivilgesellschaftlicher Organisationen und der Quartierbevölkerung selbst. Das schliesst nicht aus, dass sofortige Massnahmen notwendig sein können, um akute Probleme anzugehen und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu verbessern. Diese könnten beispielsweise verstärkte soziale Arbeit vor Ort, verlängerte Öffnungszeiten der Kontakt- und Anlaufstellen oder kurzfristige Massnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur umfassen.

Der entscheidende Punkt ist, dass kurzfristige Massnahmen nicht im Widerspruch zu langfristigen Lösungsansätzen stehen sollten. Sie können als Teil eines umfassenden Ansatzes dienen, um akute Probleme anzugehen, während gleichzeitig langfristige Strategien entwickelt werden, um die zugrundeliegenden Ursachen anzugehen und Veränderungen herbeizuführen. Ich verstehe nicht so recht, was dagegensprechen sollte. Wer die Situation eben nicht nur mit verstärkter Repression begegnen möchte, sondern an langfristigen Lösungen für die sozialen Probleme interessiert ist, bitte ich, diesen Anzug zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Es ist ja erfreulich, dass das Thema jetzt auch auf der linken Seite angekommen ist. Noch im 2019, also vor fünf Jahren, wurden wir mit unseren Bedenken bezüglich dieser Situation in diesem Perimeter ausgelacht. Das linkslastige Stadtteilsekretariat machte Veranstaltung mit dem Titel «Polizei im Visier». Es ging primär darum, dass die Polizei sich rechtfertigen muss bezüglich Racial Profiling. Jetzt sind Sie ein bisschen weitergekommen, das ist erfreulich, dass Sie das Thema jetzt auch aufgenommen haben, aber dass Sie jetzt mit Studien das Thema angehen wollen, das kann wirklich nicht der rechte Weg sein.

Wir haben aufgezeigt, wo die Massnahmen anzusetzen sind. Ich glaube, eine erste Massnahme wäre, dass Sie der Polizei den Rücken stärken, dass sie da die Präsenz auch markieren kann und dass wir nicht noch Diskussionen führen müssen wie Anfang Jahr, wo die Polizei verantwortlich dafür war, weil sie auf einer Strasse gefahren ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist André Auderset.

André Auderset (LDP): Nachdem ich ja vorher so gelobt worden bin, muss ich mich als Kleinbasler fast hier äussern, mache es aber auch sehr gerne. Die Herren Thüring und Seiler haben eigentlich schon alles Wichtige erzählt, was die Notwendigkeit dieses Anzugs, relativ absolut fehlende Notwendigkeit dieses Anzugs betrifft. Wir haben im Kleinbasel zurzeit ein echtes, schwieriges Problem, vor allem haben wir ein aktuelles Problem. Wie bereits gesagt wurde, wir brauchen Massnahmen und wir brauchen diese Massnahmen jetzt. Wenn wir einen Anzug hier beschliessen oder die Überweisung eines Anzugs, was passiert dann, der geht an die Verwaltung, da liegt er mal zwei Jahre gut ab und dann wird er beantwortet. In diesen zwei Jahren kommt man nicht zu einer Lösung, man hat also eine Verdienstquelle für Soziologen geschaffen. Wir brauchen keine Studie, wir brauchen keine Anlaufstelle. Die Leute wollen, Herr Goepfert, auch nicht gehört werden von uns, sie wollen Taten sehen und diese Taten braucht es jetzt und nicht in zwei Jahren. Deswegen ist dieser Anzug so nötig wie ein Knopf und gehört abgelegt im Rundordner.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Mahir Kabakci an? Sie wird angenommen.

Mahir Kabakci (SP): André Auderset, sind Sie nicht der Überzeugung, dass beides parallel laufen kann?

André Auderset (LDP): Nein, die Zeitachse ist anders. Sie sind auch schon eine Zeit lang im Rat. Sie kennen es, wie lange es geht, bis ein Anzug nur mal hier wieder zu uns zurückfindet und dann ist immer noch nichts passiert. Wir brauchen jetzt, heute, morgen, übermorgen konkrete Massnahmen und nicht irgendwann eine Studie der Uni.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Melanie Nussbaumer.

Melanie Nussbaumer (SP): Vorneweg zur Transparenz. Ich stehe hier in Vertretung von Beda Baumgartner, der leider zu Hause krank ist, gute Besserung an dieser Stelle. Ich war auch involviert bei diesem Anzug und ich muss Ihnen sagen, als ich den Erstentwurf bekam von Fleur Weibel, war ich auch kritisch. Ich dachte auch, das braucht es doch jetzt nicht, das geht viel zu lange, das ist doch nicht nötig, usw., es braucht jetzt Massnahmen, wie wir schon gehört haben.

Ich konnte jetzt auch ein halbes Jahr oder paar Monate weiter beobachten, wie sich die Geschichte weitergedreht hat, wie sich die öffentliche Debatte entwickelt hat und auch heute wieder, wie hier darüber diskutiert wird. Und das alles hat mir gezeigt, doch, es braucht unbedingt eine Versachlichung. Weil weder der Regierungsrat hat das geschafft noch wir hier im Parlament, das haben wir jetzt auch wieder beobachtet können, schaffen eine Versachlichung. Und zwar wird sehr oft vereinfachend alles zusammen gemischt, es wird polemisch darüber gesprochen und obwohl es tatsächlich Probleme gibt, wird das vereinfacht dargestellt und einfache Lösungen auch versprochen. Das wiederum finde ich wirklich ein Hohn gegenüber der Bevölkerung, weil es gibt keine einfachen Lösungen in diesem Zusammenhang. Zum Beispiel wird vermischt, das haben wir vorher auch wieder gehört, UMAs seien illegal hier. Das stimmt natürlich nicht, die haben einen Aufenthaltsstatus und sowieso, kein Mensch ist illegal, um auch das hier wieder mal gesagt zu haben.

Diesen Vorwurf, dass die SP die Polizei nicht unterstützt, lasse ich hier auch nicht einfach so stehen. Wir haben in allen Vorstössen, die um die Polizei gingen, das immer unterstützt. Wir wissen auch, dass es dort einen Fachkräftemangel gibt und dass es nicht lustig ist, im Moment in diesem Stress dort zu arbeiten. Aber es ist auch klar, und das hoffe ich, dass auch Sie das mal hier drinnen akzeptieren, dass Repression nicht die einzige Lösung ist respektive nicht die einzige Massnahme, die etwas bringen kann. Es muss eben vielschichtig geantwortet werden auf diese vielschichtige Fragestellung oder diese vielschichtige Problemlage, die im Moment aufzufinden ist im Kleinbasel.

In diesem Sinne ist es wirklich so, dass man sowohl jetzt Massnahmen einführen kann, die hoffentlich eine beruhigende Wirkung haben werden, aber man kann auch längerfristig schauen, was ist da los, was sind wirklich die tiefergehenden Ursachen. Das geht nebeneinander, auch wenn Sie das nicht wahrhaben wollen, was sind die tiefergehenden Ursachen und ich kann auch hier eine genauso einfache Antwort geben, wie Sie, Joël Thüring, es geht um soziale Ungleichheiten. Bekämpfen wir also zusammen soziale Ungleichheiten, dann würden wir auch nicht so viele soziale Probleme haben. Aber mir ist bewusst, dass es nicht so einfach ist, aber dass das natürlich eine Antwort ist von verschiedenen.

Und deshalb hier wirklich das Votum, unterstützen Sie bitte diesen Anzug. Es geht um eine Versachlichung, es geht darum, die tiefergehenden Ursachen zu analysieren und breite Massnahmen abzustützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Melanie Nussbaumer, nehmen Sie die Zwischenfragen von David Jenny und Pascal Messerli an? Sie werden angenommen.

David Jenny (FDP): Melanie Nussbaumer, wenn bei Ihnen in der Wohnung eine einbrechende Person steht und Ihnen erklärt, kein Mensch ist illegal, was erwidern Sie dann?

Melanie Nussbaumer (SP): Das ist relativ einfach zu beantworten. Die Handlung dieses Menschen war illegal, aber der Mensch selber ist auf keinen Fall illegal.

Pascal Messerli (SVP): Melanie Nussbaumer, Sie haben gesagt, kein Mensch ist illegal. Heisst das, Sie anerkennen auch die Entscheide des Gerichtes nicht bezüglich negativen Asylentscheiden?

Melanie Nussbaumer (SP): Natürlich anerkenne ich die Gerichtsentscheide, aber auch das weist nicht darauf hin, dass die Menschen per se illegal sind.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich komme aus dem Staunen nicht heraus und ich muss wirklich schmunzeln, der Anzug könnte von meinem Flugplatz sein. Dieser Anzug, ich habe jetzt meine Flugblätter herausgesucht, in diesem Anzug, der nicht von mir ist, steht wortwörtlich aus meinem Flugblatt übernommen: Spezifisch geht es dabei um die Häufung von Gewaltdelikten und Kriminalität auf der Dreirosenmatte und um den Drogenhandel und Konsum in Kleinbasel. Das ist von meinem Flugblatt. Und dann, wer hat es unterschrieben, Fleur Weibel, Grüne Partei. Ich muss das jetzt einmal ein bisschen einordnen. Ich bin gegen diesen Anzug, weil das nicht ihr Thema ist. Ich bin eine Ein-Thema-Partei, Fleur Weibel, und das ist mein Thema gewesen. Sie dürfen das Thema jetzt nicht besetzen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, das tut nichts zur Sache. Bitte sprechen Sie zum Anzug. Es dürfen alle hier Themen bearbeiten mit Anzügen.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte auf meinen Vorredner zu sprechen kommen, André Auderset, der zweitberühmteste Grossrat in Kleinbasel, und André Auderset - nein, ich habe den Namen verwechselt, Entschuldigung, Daniel Seiler. Daniel Seiler hat richtig gesagt, wir wurden ausgelacht. Auch ich wurde ausgelacht und jetzt kommen die Grünen und verlangen eine Studie. Ich muss einfach sagen, der Anzug ist sinnlos, weil beim Punkt 2 steht ja, man will da ein Büro für einen Austausch haben und noch einmal Bürokratie schaffen. Es gibt in Kleinbasel das Stadtteilsekretariat Kleinbasel, die kümmern sich um solche Sachen und die sprechen auch mit mir und geben mir die Broschüre vom Grossen Rat, die ich wünsche. Also man kann jetzt nicht ganz sagen, das Stadtteilsekretariat Kleinbasel sei links, sie sind auch anständig zu mir.

Punkt 3 dieses Anzugs ist auch sinnlos. Da wird gefragt nach Ansprechpersonen für Vorfälle und Gewaltdelikte. Wenn Sie solche Vorfälle haben, wo Sie nicht einverstanden sind und Gewaltdelikte, dann müssen Sie als Ansprechpartner zur Polizei gehen. Aber da kann man nicht nochmal eine Sonderstelle für Ansprechpartner machen. Für Gewaltdelikte ist die Polizei zuständig und wenn Sie das ja so wollen, Fleur Weibel, dann müssen Sie halt mehr Gelder für die Polizei geben, damit die mehr Leute haben, die sie dort zu Gewaltdelikten und Drogen hinschicken können. Aber wenn Sie zur Polizei gehen in Kleinbasel, heisst es ja immer ja, wir haben zu wenig Leute, wir können nicht, wir müssen Prioritäten setzen. Also das Pferd wird da wieder einmal falsch aufgezäumt.

Ich werde gegen diesen Anzug stimmen, weil Daniel Seiler hat das beste Votum gehalten, jetzt wird man ausgelacht und jetzt kommen die anderen. Und wie gesagt, der Text ist von meinem Flugblatt und die Flugblätter habe ich hier, wo das alles drinsteht. Jetzt bin ich gespannt, ich habe keinen »Chrüzlistich«, darum bin ich jetzt wirklich gespannt, aber ich hoffe, dass es eine spannende Abstimmung gibt, wo die GLP wieder das Zünglein an der Waage ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich nutze die Gelegenheit für eine Mitteilung. Wir haben Besuch auf der Zuschauertribüne. Ich begrüsse die 9. Klasse der Sekundarschule Wasgenring mit ihrer Lehrperson. Schön sind Sie hier. Ich wünsche Ihnen einen spannenden Vormittag im Grossen Rat.

Wir fahren fort mit der Beratung von Anzug 5. Als nächster Einzelsprecher hat sich Christoph Hochuli eingetragen.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Ich bin der Meinung, es sollen alle Mittel ausgeschöpft werden, um die Probleme in Kleinbasel anzugehen. Dabei soll auch ein wissenschaftlicher Ansatz dienen, wie dies der vorliegende Anzug fordert. Damit sollen nachhaltige längerfristige Lösungen gefunden werden. Selbstverständlich müssen gleichzeitig auch möglichst bald Massnahmen umgesetzt werden. Drogensüchtige sollen unterstützt werden, um aus ihrer Sucht herauszukommen, und natürlich müssen gleichzeitig der Drogenhandel und auch Gewaltdelikte in Kleinbasel effektiv und konsequent bekämpft werden. Es braucht also der wissenschaftliche Ansatz mit einer Analyse und auch Sofortmassnahmen.

Ich bitte Sie, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Christoph Hochuli, nehmen Sie die Zwischenfragen von Joël Thüring und David Jenny an? Sie werden angenommen.

Joël Thüring (SVP): Christoph Hochuli, Sie sind ja Staatsangestellter. Haben Sie nicht das Gefühl, dass der Staat, den sie ja prominent auch auf der Strasse vertreten, nicht bereits heute alles unternimmt, um das Wissen zu erreichen oder zu erlangen, um möglichst zielgerichtet Massnahmen in Kleinbasel dann auch zu implementieren?

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Ich denke, wir haben nie ausgelernt. Es gibt immer wieder durch Analysen gute Erkenntnisse, die man dann umsetzen kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: David Jenny bitte.

David Jenny (FDP): Christoph Hochuli, können Sie persönlich garantieren, dass diese Studie nicht durch ein Institut durchgeführt wird, das hauptsächlich von der postkolonialen Theorie lebt?

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Ich bin überzeugt, dass der Regierungsrat das gut umsetzen wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Sie wird abgelehnt. Damit kommen wir zum nächsten Einzelsprecher Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Es ist das Kleinbasel, das ist klar, was ist los im Kleinbasel. Allein die Frage nach so vielen Jahren, wo ich in Kleinbasel bin, ist schon ein bisschen speziell, dass jetzt das plötzlich hier drin ein Thema wird. Das hätte schon längststens ein Riesenthema sein sollen und warum jetzt plötzlich hier Links-Grün und weiss nicht was auch noch auf diesen Zug aufspringen will, ist natürlich für uns Bürgerliche fast ein bisschen unerklärlich. Es freut uns natürlich umso mehr, dass Sie jetzt hier auch alle wirklich begriffen haben, dass wir dort unbedingt etwas machen müssen.

Jetzt, was kann man machen? Es wurde vieles aufgezählt von all jenen, die eher meine Meinung vertreten, und die anderen haben auch schon etwas sagen dürfen. Sie sind dann mehr für die Lösung einer Studie. Natürlich kann man eine Studie immer noch auch noch laufen lassen. Natürlich können auch neue Erkenntnisse nochmals auftauchen, aber ich glaube, jeder, der an einem Stammtisch gesessen ist jemals in den letzten zehn Jahren in Kleinbasel, weiss ganz genau, was der Grund ist, und ich glaube, das müssen wir auch nicht diskutieren. Man kann es natürlich nicht mehr im öffentlichen Raum richtig benamen, aber am Stammtisch, dort hört man es. Und wenn wir dort mal hinhören würden, was unsere Wähler uns auch erzählen, und zwar gehören dort Polizisten dazu, Anwohner, die in die Beiz gehen, Einkaufen gehen, spielt gar keine Rolle, wen man fragt, es handelt sich am Schluss immer wieder um das gleiche, der Kreis zieht sich zusammen.

Und ja, es wurde alles aufgezählt, wir haben viele Möglichkeiten, die Polizei kann viel mehr vor Ort sein und das sind nicht zwingend immer nur Repressionen. Aber wenn man da nicht auch mit einer gewissen Dynamik auftritt, dann macht das einfach vielen Menschen in Kleinbasel, die dort von morgens bis abends und auch nachts sind, einfach wenig Eindruck. Ich habe schon so viel mit Polizisten gesprochen, sie haben gesagt, wir können ihnen sagen, bitte gehen Sie dort hin, machen Sie dies, die gehen von dort nach dort, sie gehen ins Gefängnis und zwei Minuten später sind sie wieder auf der Strasse und stehen dann wieder dort.

Sie merken, das regt mich ein bisschen auf. Sonst bin ich eigentlich ein bisschen cooler, aber bei diesem Thema geht es mir wirklich ein bisschen auf den Nerv. Weil wenn man abends nach Hause geht, ich könnte noch so viel erzählen darüber, wenn man abends nach Hause geht und die Leute sich nicht mehr sicher fühlen, Männchen und Weibchen sich nicht mehr sicher fühlen in unserer Stadt, in einem solchen grossen Stadtteil, das ist einfach nicht in Ordnung. Und diese Studie, ja, das ist super, wenn die irgendwann einmal kommt, aber so lange möchte ich nicht mehr warten. Ich kann nicht gegen eine Studie sein zusätzlich, aber helfen Sie einmal mit, wenn es um kurzfristige Lösungen geht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt Zwischenfragen von Tim Cuénod, Melanie Nussbaumer und Eric Weber. Sie werden angenommen.

Tim Cuénod (SP): Sie tun so, als ob man auf der Linken in diesem Parlament gewisse Probleme noch nie angesprochen, nie entdeckt hat, noch nie einen Vorstoss gemacht hat und jede Polizeimassnahme abgelehnt hat. Sind Ihnen die Vorstösse von meinen Kolleginnen oder Kollegen, wie der von Michela Seggiani, Mahir Kabakci und anderen, vollends entgangen? Haben Sie nicht festgestellt, dass wir auch, wenn es um Mittel für die Polizei geht, aber auch, dass man genügend Personal hat, das uns auch immer wichtig gewesen ist?

Alex Ebi (LDP): Das war eine wahnsinnig lange Frage und ich weiss gar nicht mehr genau, wie sie angefangen hat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage bitte.

Melanie Nussbaumer (SP): Ich nehme an, Sie haben den Anzug auch wirklich gelesen und haben gesehen, dass der zweite Punkt genau diesen Austausch fordert, den Sie ja so super finden?

Alex Ebi (LDP): Hören Sie Melanie Nussbaumer, da können Sie nichts dafür, aber jetzt wurde ich abgelenkt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage bitte.

Eric Weber (Fraktionslos): Alex Ebi, wissen Sie, dass Sie mir aus meinem Herzen gesprochen haben?

Alex Ebi (LDP): Nein, das habe ich nicht gewusst.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Dann stellt Melanie Nussbaumer ihre Frage. Ich bitte um Konzentration und um kurze Antworten und Fragen.

Melanie Nussbaumer (SP): Sie haben ja sicher den Anzug gelesen und darin haben Sie gesehen, dass der zweite Punkt fordert, dass man eben mehr Austausch machen soll mit der Bevölkerung vor Ort, wie Sie das ja auch schon sehr gut machen an all Ihren Stammtischabenden.

Alex Ebi (LDP): Klar habe ich das gelesen und ich freue mich natürlich total, so sehr, dass ich jetzt auf Hochdeutsch antworte.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein zweites Votum hat sich Eric Weber eingetragen.

Eric Weber (Fraktionslos): Entschuldigung, dass ich noch einmal spreche, ich spreche nachher nicht mehr, aber ich muss zu diesem Thema sprechen als Ein-Thema-Partei und weil mir auch nicht mehr so viel Zeit bleibt im Grossen Rat. Ich möchte auf meine Vorredner noch zu sprechen kommen, im zweiten Votum beim Polizisten Christoph Hochuli. Sie haben gesagt, der Drogenhandel muss bekämpft werden. Das ist richtig, das ist ein grosses Problem. Man riecht es auch in der Nase, wenn man an der Kleinbasler Riviera vorbeigeht, fühlt man sich wie in Amsterdam. Schade, Christoph Hochuli, dass meine Zwischenfrage abgelehnt wurde. Ich stelle einfach fest als Grossrat, der täglich mit der Polizei spricht, die Polizei sagt immer, wir haben zu wenig Personal, und ich spreche auch mit dem Bürger und der Bürger sagt mir, die Polizei hat Angst, in gewisse Problemviertel hineinzugehen, weil dann die Polizei geschlagen wird. Wir hatten diesen Fall beim Hirscheneck.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, bitte sprechen Sie zum Thema.

Eric Weber (Fraktionslos): Es nützt uns keine Polizei, wenn die Polizei nicht in die Problemviertel hineingeht.

Ich komme zum Vorredner Alex Ebi. Wir sind Nachbarn und Alex Ebi hat richtig gesagt, das Thema hätte schon längst da sein müssen. Aber ich darf mir auf die Fahne schreiben, wir von unserer Partei Nationale Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat waren die ersten hier im Parlament ab 1968, die das Thema angesprochen haben. Sie sind auch gekommen, Alex Ebi, aber Sie sind 40 Jahre nach uns gekommen. Das Original steht hier und ich darf sagen, wir hatten 15 Grossräte von meiner Partei. Alex Ebi hat gesagt, er sei jetzt ein bisschen verwundert, dass die Grünen das Thema jetzt auch bringen. Und als Ein-Thema-Partei muss ich das natürlich auch feststellen, aber das ist mein Thema und man wird ja als Ein-Thema-Partei belächelt, aber das bin ich.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erteilt Eric Weber den ersten Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Alex Ebi hat richtig gesagt, was am Stammtisch gesprochen wird, was der Wähler erzählt, das ist teilweise spannend und das muss ich einfach unterstreichen. Alex Ebi hat gesagt, der Kreis zieht sich zusammen und da muss ich ihm einfach recht geben.

Man muss einfach den Finger teilweise auch als Politiker in die Wunde legen. Wenn man den Finger nicht in die Wunde legt, passiert nichts. Und das ist jetzt genau so ein Thema, wo ich sagen muss als Kleinbasler Grossrat, ist es wichtig, dass wir das besprochen haben. Ich freue mich auch, dass wir die vielen Zwischenfragen hatten. Ich freue mich auch, dass wir gerade jetzt die vielen Zuschauer haben.

Ich habe ja schon gesagt, dass Alex Ebi mir aus dem Herzen gesprochen hat, und eine Studie braucht es nicht, das möchte ich auch noch einmal sagen, da gebe ich ihm auch recht. Wir können nicht warten, es ist eh schon zu spät und wenn man mich jetzt fragt, ehrliche Antwort; Grossrat Eric Weber, kann man das Kleinbasel noch retten, dann muss ich sagen, das Kleinbasel ist verloren und dann nützt diese Studie nichts. Die Sache ist gekippt bei der Schwarzenbach-Abstimmung am 6. Juni 1970.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, bitte verlassen Sie das Rednerpult. Es sind keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Damit hat die Anzugsstellerin Fleur Weibel das Wort.

Fleur Weibel (GAB): Man kann es nicht anders sagen, dass Kleinbasel, das bewegt ganz offensichtlich. Wir haben jetzt lange diskutiert, ich habe versucht, mir einen Überblick zu verschaffen über die Debatte, die wir hier geführt haben, und ich wundere mich ehrlich gesagt ein bisschen, dass Sie sich wundern, dass von den Grünen ein Vorstoss kommt zum Kleinbasel. Haben Sie nicht das Gefühl, dass es den Grünen ein Anliegen ist, dass die Lebensqualität in Kleinbasel gut ist? Selbstverständlich, wir wohnen ja schliesslich da. Das ist auch der Punkt, es haben jetzt viele Leute gesprochen, die in Kleinbasel wohnen, und das zeigt, es liegt uns am Herzen, wie die Situation in Kleinbasel ist und in letzter Zeit hat das Kleinbasel vor allem sehr negative Schlagzeilen gemacht.

Man kann dann die ganze Sache à la SVP runterbrechen und kann sagen, es sind zu viele illegal eingewanderte Menschen in Kleinbasel, es hat zu wenig Polizei, es braucht mehr Sicherheitsmassnahmen. Es geht uns nicht darum, uns gegen Sicherheitsmassnahmen zu wehren. Es geht uns auch nicht darum, uns gegen sofortige Massnahmen zu wehren. Der Anzug, der hat auch sofortige Massnahmen drin und es liegt an der Regierung, die sofort aufzugreifen und diesen Austausch, der jetzt auch schon losgetreten wurde, weiterzuführen. Weil der entscheidende Punkt ist, und ich glaube, den zentralen Satz heute hat Christoph Hochuli gesagt, der selber Polizist ist, der zentrale Satz ist, wir haben komplexe Probleme, da gebe ich André Auderset recht, sie sind schwierig, es gibt Probleme in Kleinbasel und wenn es solche komplexen Probleme gibt, dann müssen alle Mittel ausgeschöpft werden, um dieses Problem anzugehen. Wenn wir einfach alle wie die SVP denken würden, dann könnten wir ja alle nach Hause gehen und einfach sagen, wir fahren noch mehr Polizei ins Kleinbasel und dann ist die Sache geregelt. Ich weiss nicht genau, wie Sie sich das vorstellen, Joël Thüring.

Der entscheidende Punkt an Sicherheitsmassnahmen, und jetzt komme ich zum eigentlichen Anliegen dieses Vorstosses, der Punkt an Sicherheitsmassnahmen ist, dass Sicherheitsmassnahmen immer einen paradoxen Effekt haben. Sie geben einerseits mehr Sicherheit und auf der anderen Seite vermitteln sie auch, dass es eine Bedrohung gibt. Und für die Menschen, die tagtäglich in diesem Quartier leben, stellt sich die Frage, was heisst es für mich, wenn es zu einer Häufung von Gewalt kommt, wenn es zu einer Häufung von Kriminalität kommt, wenn es soziale Konflikte gibt. Was heisst das für mich, wenn ich da in diesem Kleinbasel wohne. Ich selber bin seit 20 Jahren neben der Dreirosenmatte, neben diesem Schulhaus, von dem es jetzt heisst, dass es neu überwacht werden soll. Was haben Sie das Gefühl, was das mit den Eltern und den Kindern macht, wenn es heisst, es wird neu ein Schulhaus überwacht und es ist noch nicht klar, was eigentlich vorgefallen ist? Es ist nicht klar, was die Situation auf der Dreirosenmatte ist, wieso kommt es zu dieser Häufung von Gewalt?

Natürlich kann man dann sagen, ja, es hat viele Ausländer in Kleinbasel, aber diese Antwort ist keine Lösung der Probleme. Die Problemlage ist viel, viel komplexer, das hat Melanie Nussbaumer auch ausgeführt, und deshalb brauchen wir alle Expertise, die wir haben, und wir haben viel Expertise in Kleinbasel. Es gibt ganz viele zivilgesellschaftliche Organisationen, die seit Jahren in Kleinbasel tätig sind, in der Sozialarbeit, in der Jugendarbeit, bei der Polizei, in der Drogensuchtberatung, ganz viel Expertise. Und um was es in diesem Anzug geht, ist, diese ganze Expertise zu nehmen und eine Auslegeordnung zu machen und sich zu überlegen, wie verbessern wir die Lebensqualität in Kleinbasel. Und das können nicht nur Sicherheitsmassnahmen sein. Sie können die SVP wählen, wenn Sie nur Sicherheitsmassnahmen möchten, aber wenn Sie auch noch eine gründlichere Betrachtung der Situation möchten, dann wählen Sie nicht die SVP.

Der entscheidende Punkt ist, dass es darum geht, auch die Bevölkerung mitzunehmen. Wir haben Sicherheitsmassnahmen, wir wehren uns nicht gegen diese Sicherheitsmassnahmen, sie sind zum Teil auch nötig, aber was wir verlangen, ist eine ganz gründliche Auslegeordnung, auf welche konkreten Ereignisse wird mit diesen Massnahmen reagiert und was braucht es zusätzlich, um mit der Situation umzugehen und wie kann vor allem auch die Bevölkerung da in einem regelmässigen Austausch mitgenommen werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Joël Thüring, Pascal Messerli, Eric Weber und André Auderset möchten Ihnen Zwischenfragen stellen. Die Zwischenfragen von Joël Thüring, Pascal Messerli und André Auderset werden angenommen. Zuerst Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Fleur Weibel, Sie haben nicht nur schlechtes gesagt, möchte ich festhalten, aber jetzt möchte ich trotzdem wissen, wenn diese Studie zum Schluss kommen würde, dass es als Lösung für die Probleme mehr Polizei, mehr Repression und beispielsweise auch ein härteres Vorgehen bei der Ausweisung illegaler Migranten braucht, um die Sicherheit in Kleinbasel wieder herzustellen, würden Sie dann das unterstützen?

Fleur Weibel (GAB): Es wäre dann noch die Frage, wie man diese schnelleren Ausweisungen tatsächlich umsetzen würde, aber dann hätte man eine Grundlage, auf der man Entscheidungen treffen könnte.

Pascal Messerli (SVP): Fleur Weibel, es freut mich ja, dass Sie sich in der Hälfte Ihres Votums mit der SVP beschäftigen, aber wenn Sie sagen, Sie wehren sich nicht gegen Sicherheitsmassnahmen, warum lehnen Sie dann moderate Vorschläge wie mehr Licht oder mobile Polizeiposten ab?

Fleur Weibel (GAB): Wir haben diese Massnahmen diskutiert und sind zum Schluss gekommen, dass sie das Problem nicht lösen.

André Auderset (LDP): Fleur Weibel, ich möchte das Problem etwas herunterbrechen, das Ihnen von der Parteierkunft vielleicht auch noch etwas mehr am Herzen liegt. Wenn Sie in einer Tempo 30-Zone dauernd grosse Verstösse haben, möchten Sie dann ein Tempo-Messgerät oder möchte Sie eine Studie der Uni?

Fleur Weibel (GAB): Ich habe den Zusammenhang dieser Frage nicht verstanden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 33 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002867, 08.02.24 10:48:33]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 62 Ja-Stimmen bei 33 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung.

31. Anzug 6 Michael Hug und Luca Urgese betreffend Vergabe zur zeitgemässen Betreuung eines Recyclingparks für die gesamte Basler Bevölkerung

[08.02.24 10:48:40, 23.5659.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst:

stillschweigend den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

32. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz bezüglich der Folgekosten des Klimawandels in einem "Weiter-wie-bisher"-Szenario, Schreiben des RR

[08.02.24 10:49:11, 21.5749.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Da hat sich Jo Vergeat eingetragen.

Jo Vergeat (GAB): Bevor wir diesen Anzug abschreiben, möchte ich einen Satz aus dem Bericht zitieren: «Die zukünftigen Klimakosten des Nichthandelns (z. B. stärkere Hitzebelastung, mehr Extremwetterereignisse, Biodiversitätsverlust etc.) sind erheblich höher als die Kosten eines entschlossenen Klimaschutzes.» Ich möchte uns darum alle hier drin daran erinnern, dass wir bei den nächsten Debatten über Kosten für den Klimaschutz diesen Satz bedenken und so entscheiden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Besten Dank. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Der Regierungsrat verzichtet auch in der zweiten Runde.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt als die beantragte Abschreibung.

Der Grosse Rat beschliesst:

den Anzug abzuschreiben.

33. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend «Eine koordinierende Stelle in der Verwaltung zuständig für Zusammenfassung, Information und Sensibilisierung aller Aktivitäten im Rahmen des Klimaschutzes», Schreiben des RR

[08.02.24 10:50:44, 21.5750.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum.

Der Grosse Rat beschliesst:

stillschweigend den Anzug abzuschreiben.

34. Anzug Brigitte Kühne und Raffaella Hanauer betreffend «Superblocks» in Basel, Schreiben des RR

[08.02.24 10:51:19, 22.5420.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Hier hat sich Brigitte Kühne für die GLP eingetragen.

Brigitte Kühne (GLP): Wir Grünliberalen danken der Regierung für die Anzugsantwort und freuen uns sehr über die anstehenden Superblock Tests im 2024 und 2025 im St. Johann und im Matthäusquartier, auch wenn diese noch zustande kommen respektive die Möglichkeit zur Einsprache noch überstehen müssen.

Jedoch beantragen wir Ihnen, Stehenlassen des Anzugs, denn er ist nicht erfüllt. Das Wettsteinquartier respektive der Verein Wettstein 21 haben mit ihrer Petition «Charta für ein zukunftsfähiges Wettsteinquartier» die ganze Debatte um Superblocks in Basel angestossen und in einem aufwändigen partizipativen Prozess erarbeitet. In unserem Anzug haben Raffaella Hanauer und ich explizit ein Superblock Test im Wettsteinquartier gefordert. Es ist uns deshalb wichtig, gerade eben auch diese engagierten Menschen im Wettsteinquartier einzubeziehen in die Superblock Tests.

Herzlichen Dank deshalb für das Stehenlassen des Anzuges.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von Daniel Seiler annehmen? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Sind Sie sich bewusst, dass diese Superblocks im Wettsteinquartier sehr umstritten sind, da es unterschiedliche Organisationen gibt, die genau das Gegenteil vorbringen, dass man darauf verzichtet?

Brigitte Kühne (GLP): Dessen bin ich mir sehr wohl bewusst und wir haben hier einen Anzug, der überwiesen wurde, der explizit das fordert und das ist ein demokratischer Entscheid.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GAB): Ich spreche in meinem Votum auch zugleich für die SP. Wir sind sehr erfreut, dass diese Pilotprojekte nun aufgelegt wurden. Das gibt dem Anliegen der Superblocks Aufwind und auch in vielen weiteren Quartieren werden nun Stimmen laut, dass diese sich auch solche Superblocks wünschen.

Wir beantragen dennoch, stehen zu lassen, unter anderem aus Gründen, die Brigitte Kühne schon erwähnt hat, aber auch aus weiteren Gründen. Es sind diesen drei. Als erstes ist es sehr schade, dass das Wettstein nicht dann kommt bei den Pilotprojekten. Aus dem Wettstein kam grosses Engagement für einen Superblock, wir haben es explizit genannt, und nun kommt dort nichts. Das ist sehr bedauerlich und auch sehr frustrierend für die dort sich engagierende Bevölkerung.

Der zweite Grund, warum wir stehen lassen möchten, ist das Rahmenkonzept. Wir sind sehr gespannt auf das Rahmenkonzept, wenn es dann kommt, jedoch liegt dieses Rahmenkonzept zurzeit noch nicht vor. Im Vorstoss haben wir gefordert, dass eine langfristige Konzeption ebenfalls gemacht wird, inklusive Finanzbedarf, Einbezug der Quartierbevölkerung und einen Zeithorizont. Das wurde noch nicht erfüllt und daher ist es durchaus sinnvoll, diesen Anzug noch stehen zu lassen.

Und der dritte Punkt, zusätzlich wurde im Schreiben auch explizit gesagt, dass diese Pilotprojekte noch keine konkreten Klimaanpassungsmassnahmen vorsehen werden. Also es wird keine Baumpflanzungen in einem ersten Schritt geben, etc. und daher ist auch diese Forderung des Anzugs noch nicht erfüllt. Entsprechend würden wir Sie bitten, hier auch mit uns zu stimmen und stehen zu lassen.

Zwei weitere Aspekte möchte ich jedoch gerne noch darüber hinaus ansprechen. Wir finden es ein spannender Ansatz, dass zwei Büros beauftragt werden. Wir denken, dass man so sehr viel auch lernen kann und finden das grundsätzlich gut. Bei den Zielformulierungen wurden wir jedoch stutzig, die im Schreiben erwähnt wurden. Ich zitiere kurz aus dem Schreiben der Regierung wie folgt: Der Kanton prüft, wie Superblocks in Basel umgesetzt werden können. Dabei interessiert insbesondere

erstens: Wie die Bevölkerung die verkehrliche Situation (Durchfahrtsbeschränkung, Parkplatzaufhebung) annimmt. Und dann der zweite Punkt: Welche und wieviel Gestaltung es braucht, damit Bespielung gelingt bzw. sich die Quartierbewohnenden den zusätzlichen öffentlichen Strassenraum aneignen. Ende des Zitats.

Der zweite Punkt, herauszufinden, was es braucht, damit sich die Bevölkerung den Raum aneignet, das finden wir sehr gut. Der erste Punkt, nämlich herauszufinden, wie die Bevölkerung die Durchfahrtsbeschränkung und die Parkplatzaufhebung annimmt, finden wir eine zu kurz greifende Fragestellung. Warum. Es wird davon ausgegangen in dieser Zielsetzung, dass die Bevölkerung hauptsächlich von der Durchfahrtsbeschränkung und von Parkplatzaufhebungen betroffen ist.

Hier erinnere ich Sie gerne daran, dass rund die Hälfte der Haushalte im Kanton kein eigenes Auto besitzen und primär mit dem öffentlichen Verkehr, zu Fuss oder auf dem Velo unterwegs sind. In besonders dichten Quartieren wie dem St. Johann oder dem Matthäus, wo jetzt Pilotprojekte gemacht werden, gibt es noch viel mehr autofreie Haushalte. Uns interessiert daher nicht nur, wie die Bevölkerungsteile mit Auto die Massnahmen aufnehmen, wie sie die Durchfahrtsbeschränkungen und Parkplatzaufhebungen aufnehmen, sondern uns interessiert auch, wie die heute vom rollenden und stehenden Autoverkehr betroffene Bevölkerung, die heute schon autofrei lebt, die Verbesserung der Verkehrssicherheit für Fuss und Velo aufnimmt, wie sie die Reduktion des Verkehrslärms aufnimmt und wie sie den zusätzlich gewonnenen öffentlichen Raum, den sie sich aneignen können, aufnimmt.

Und wenn das Controlling dieser Pilotprojekte nur auf die negativen Aspekte fokussieren wird, die nur einen Teil der Bevölkerung, nämlich diejenigen mit Autobesitz, betreffen, dann wird wohl das Fazit auch entsprechend ausfallen. Daher fänden wir es toll, wenn diese Zielformulierung noch entsprechend ausgeweitet werden könnte und nicht nur auf diejenigen Bevölkerungsteile fokussiert, die ein eigenes Auto haben.

Damit habe ich geendet, bedanke mich für die Aufmerksamkeit und freue mich, wenn wir diesen Anzug nun stehen lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Pascal Messerli für die SVP.

Pascal Messerli (SVP): Ich möchte das nicht gross in die Länge ziehen. Ich denke, der Regierungsrat hat ausgeführt, dass er gewisse Projekte lancieren möchte. Dementsprechend kann man auch den Anzug jetzt abschreiben. Ich möchte vielleicht nur noch ein Wort an die Anzugsstellerin Brigitte Kühne verlieren. Sie haben gestern einen Anzug von Ratskollege Joël Thuring nicht überweisen wollen, weil man ja bei dem Bau- und Verkehrsdepartement einen Anruf machen kann. Ich denke, es ist ja auch Ihre Departementsvorsteherin, welche bei diesem Anzug ja im Hauptlead sein wird, da denken wir auch, dass sie einen Anruf erreichen würde und man diesen Anzug nicht unbedingt stehen lassen muss.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Daniel Seiler gemeldet.

Daniel Seiler (FDP): Ich denke, ich kann im Namen der ganzen FDP sprechen. Sie reden viel über Partizipation hier, über Einbezug der Bevölkerung, was wichtig ist für die Bevölkerung, da möchte ich doch einfach nochmal in Erinnerung rufen, die Bevölkerung, die Stimmbevölkerung hat im letzten November die Stadtklima-Initiativen beide deutlich abgelehnt. Ein grosser Teil davon waren eben auch solche Superblocks.

Dann möchte ich nochmal kurz auf diesen Verein Wettstein 21 eingehen, der hier so gelobt wird. Der Verein, der mit staatlich finanzierten Workshops antritt, der Verein, der partizipativ im Quartier vorgehen will und Workshop einlädt dazu, in denen es heisst, «Wettstein autofrei» als Arbeitsgrundlage. Und dann wundert man sich am Schluss, wenn eine Charta rauskommt, die eben genau ein autofreies Quartier fordert. Ich denke, es ist klar, worum es da geht.

Dann komme ich nochmals auf die immer wieder wiederholte Art und Weise der Diskriminierung, dass wir in dieser Stadt immer weniger Leute haben, die ein Auto haben. Was hier aber leider vergessen ist, dass viele Leute auch Besucher empfangen. Das gibt es tatsächlich. Es gibt Leute, die ihre Familie, die zu ihnen kommen wollen und sie besuchen, die kommen zum Teil wirklich auch mit dem Auto. Es gibt sehr viele Leute, die in dieser Stadt auch darauf angewiesen sind, dass sie zur Arbeit mit dem Auto fahren. Wir haben im Wettsteinquartier einen sehr hohen Druck bezüglich zu wenig Parkplätze. Sie kämpfen auch gegen diese Quartierparkings und so.

Von dem her, hören Sie doch bitte auf, dauernd immer zu sagen, es sind weniger, die Autos fahren. Wir bekämpfen auch nicht die Minderheiten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von Tobias Christ annehmen? Sie wird angenommen.

Tobias Christ (GLP): Daniel Seiler, Sie haben die abgelehnten Stadtklimainitiativen erwähnt. Können Sie sich vorstellen, dass diese von vielen Leuten auch deshalb abgelehnt wurden, weil ihnen verschiedene Kreise, die Regierung, aber auch der Gewerbeverband in seiner Kampagne genau solche Massnahmen, wie zum Beispiel namentlich insbesondere diese Superblocks in Aussicht gestellt haben?

Daniel Seiler (FDP): Nein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Raffaella Hanauer hat sich noch als Einzelsprecherin gemeldet.

Raffaella Hanauer (GAB): Ich möchte ganz kurz auf das soeben gesagte eingehen und die Abstimmungsgegner*innen der Stadtklima-Initiativen auf ihre Versprechen berufen und auch berichtigen, was vorhin soeben gesagt wurde. Ich würde Sie wirklich bitten, sich an Ihre Versprechen im Abstimmungskampf zu halten. Im Abstimmungskampf wurde mehrfach gesagt, es sei doch schon alles aufgegleist, diese Initiativen seien unnötig. Jetzt stimmen wir über genau eines dieser Projekte ab, die eben schon aufgegleist sind. Daher finde ich das Argument mit den Stadtklima-Initiativen höchst schwach und wirklich auch nicht würdig, wenn man solche Versprechen im Abstimmungskampf macht.

Dann der zweite Punkt, was im Abstimmungskampf auch immer wieder gesagt wurde, sind die Klimaziele, wir hätten ja die Klimaziele. Entsprechend, wenn wir die Klimaziele wirklich ernst nehmen, dann müssen wir auch im Verkehrsbereich wirklich vorwärts machen und eben eine schon bereits aufgegleiste Massnahme wirklich voranbringen.

Dann ein dritter Punkt, weshalb man gesagt hat, die Stadtklima-Initiativen seien nicht allzu gut, sind die Baustellen. Jetzt sind die Superblocks eine dieser Massnahmen, die am allerwenigsten Baustellen verursachen, weil sie ohne bauliche Massnahmen sehr effizient und schnell umgesetzt werden können. Also bitte ich Sie, die Stadtklima-Initiativen wurden nicht abgelehnt, weil die Bevölkerung gegen Superblocks ist. Das kann man so einfach nicht deuten und Abstimmungsversprechen im Abstimmungskampf sollte man halten.

Dann noch ein letzter Punkt zu den Besuchenden, die auch mit dem Auto in die Stadt kommen wollen. Ich weise darauf hin, dass wir ein sehr gutes Netz im öffentlichen Verkehr haben, dass wir auch mit Fahrrädern in die Stadt fahren können, gerade wenn man aus dem Agglomerationsraum kommt, und daher würde ich sagen, ist das für mich kein valables Argument.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Raffaella Hanauer, möchten Sie die Zwischenfrage von Daniel Seiler annehmen? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Nur ganz kurz. Wollen Sie Besuchenden verbieten, mit dem Auto in die Stadt zu kommen? Es hört sich so an.

Raffaella Hanauer (GAB): Ich denke, wir sollten mit Dosieranlagen das tatsächlich tun. Da haben wir auch bereits demokratisch entschiedene Vorstösse, die auf dem Weg sind und ja, wir müssen, wie die Regierung sagt, um die Klimaziele zu erreichen, den Autoverkehr um einen Drittel reduzieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: In der zweiten Runde wünscht Regierungspräsident ad interim Lukas Engelberger das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Wir haben Ihnen in unserem kurzen Bericht ja dargelegt, dass der Regierungsrat das Konzept der Superblocks interessant findet und wir deshalb in den nächsten zwei Jahren auch entsprechende Pilotprojekte umsetzen und testen wollen in den Quartieren Matthäus und St. Johann. Das wird uns ermöglichen, Erfahrungen zu sammeln und die werden wir auch der Öffentlichkeit wieder zur Verfügung stellen. Das ist jetzt eher eine formale Frage, ob Sie darüber noch einmal in Form einer zweiten Anzugsbeantwortung einen Bericht bestellen wollen, dann liefern wir den selbstverständlich, oder ob wir das der weiteren öffentlichen Diskussion überlassen, die ohnehin stattfinden wird über das Modell dieser Superblocks.

Es ist in der Diskussion namentlich von Brigitte Kühne prominent das Wettsteinquartier eingebracht worden. Das haben wir begründet, weshalb wir dort vorerst von einem Superblock Test absehen wollen. Wir sind der Auffassung, dass dieses Quartier nicht in vergleichbarem Umfang wie die beiden anderen, wo die Superblock Experimente jetzt beginnen, von diesen

Belastungen betroffen ist. Es gibt dort insbesondere die Rheinpromenade als sehr nahegelegene Erholungszone, deshalb haben wir den Problemdruck als etwas geringer im Wettstein eingeschätzt.

Mir ist schon wichtig zu sagen, es ist nicht möglich, rechtlich durch Anzugsüberweisung irgendwo einen Superblock zu befehlen. Anzug ist prüfen und berichten und die Frage lautet, ob und wie man ein Superblock Test bewerkstelligen könnte im Wettsteinquartier. Das haben wir geprüft und wir haben berichtet und wir sehen davon ab. Damit ist der Anzug erfüllt. Sie können nicht mit einem Anzug Superblocks erzwingen, so funktioniert es nicht und dafür bitte ich um Verständnis.

Und dann möchte ich noch sagen zu dem Votum von Raffaella Hanauer, ich glaube, Sie haben uns eine etwas zu einseitige oder eine eindeutig zu einseitige Zielsetzung unterstellt. Sie haben aus Seite 5 unseres kurzen Berichts zitiert, wo wir schreiben, ich lese das noch einmal vor: Der Kanton prüft, wie Superblocks in Basel umgesetzt werden können. Dabei interessiert insbesondere: Wie die Bevölkerung die verkehrliche Situation (Durchfahrtsbeschränkung, Parkplatzaufhebung) annimmt. Und: Welche und wieviel Gestaltung es braucht, damit Bespielung gelingt bzw. sich die Quartierbewohnenden den zusätzlichen öffentlichen Strassenraum aneignen.

Also wir fragen, wie die Bevölkerung die verkehrliche Situation annimmt und ich kann dieser Fragestellung einfach nichts Tendenziöses entnehmen und schon gar nicht irgendwie einen negativ Twist oder so. Wir fragen das ganz offen und es ist selbstverständlich so, dass gewisse Personen, Einwohnerinnen und Einwohner das positiv finden werden, wenn keine Autos mehr vorbeifahren, und andere diese Möglichkeit eben vermissen werden und das wird man irgendwie ins Verhältnis zueinander setzen müssen. Das ist dann Teil der Analyse.

In diesem Sinne meinen wir, Sie können den Anzug jetzt abschreiben und die weitere Diskussion wird sich dann entlang dieser Pilotprojekte in den beiden Quartieren wahrscheinlich ergeben oder Sie entscheiden halt anders. Dann unterziehen wir uns dem, aber wir finden das grundsätzlich nicht mehr nötig, noch eine zweite Anzugsbeantwortung hier mit Stehenlassen zu erzwingen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst abschreiben, NEIN heisst stehen lassen

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 52 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002872, 08.02.24 11:10:29]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 52 Nein-Stimmen bei 42 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

35. Interpellation Nr. 140 Annina von Falkenstein betreffend Fehlleistungen der Staatskanzlei bei den National- und Ständeratswahlen, Schriftliche Beantwortung

[08.02.24 11:10:40, 23.5558.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Annina von Falkenstein (LDP): Die Antwort auf meine Interpellation vom November 2023 habe ich zur Kenntnis genommen. Dabei sind mir folgende Punkte besonders aufgefallen. Es wurden nicht alle Fragen beantwortet. Interpellationen dienen dem Zweck, Fragen der Grossratsmitglieder korrekt und vollständig zu beantworten. Wenn dies nicht machbar ist, wäre eine

Erklärung für das Ausbleiben einiger Antworten wünschenswert. So auch rund um die Fragen, die ich zu den Pannen bei den Wahlen im Oktober 2023 gestellt habe. Bei einigen Antworten bei den Fragen, die beantwortet wurden, wurde enorm minimalistisch ausgeführt. Ich hätte die Fragen wohl inquisitorischer formulieren müssen. Ich erachte es aber einer guten Zusammenarbeit zwischen dem Regierungsrat und dem Parlament würdig, wenn in dieser Form des Informationsaustauschs etwas offener und direkter kommuniziert werden könnte.

Der korrekte Ablauf ist im Interesse der Gesamtbevölkerung und entsprechende Offenheit und Transparenz rund um die Pannen, die bei den Wahlen erfolgt sind, wäre sehr wünschenswert. Sie würden auch durch die Offenheit und die Transparenz der weiteren Vertrauensbildung dienen. Der Staatskanzlei sind bei den Wahlen im Oktober 2023 ganz offenbar Fehler unterlaufen. Diese werden allerdings mit verklausulierten Formulierungen und einer grundsätzlich sehr defensiven Antworthaltung abgetan. So wird zum Beispiel auf eine bis dato unbekannte Ausgangslage im E-Voting hingewiesen, die für die Leserschaft der Interpellationsbeantwortung nicht weiter ausgeführt wird. Die ausgebliebene Kommunikation der letzten zeitlichen Verschiebung der Resultatbekanntgabe auf Twitter und der Kantonswebseite, wird mit einer cleveren Formulierung schöngeschrieben. Auf die Ursachen eingegangen wird bei beiden Beispielen nicht.

Ich hoffe, dass die Fehler rund um die Wahlen sowie die defensive Haltung der Staatskanzlei, die in dieser Interpellationsantwort demonstriert wird, im genannten Debriefing zwischen dem Regierungsrat und der Staatskanzlei detailliert geprüft werden. Wo Menschen arbeiten, passieren Fehler, das ist mir klar. Der Korrekturprozess eines Fehlers kann aber erst dann eingeleitet werden, wenn Fehler eingesehen und analysiert werden. Beide Schritte vermisse ich in weitesten Teilen der vorliegenden Antwort.

Das öffentliche Vertrauen in die Durchführung von Wahlen und Abstimmung und deren korrekte Auszählung sind ein hohes Gut, das von allen involvierten Parteien gepflegt werden muss. Dies ist durch die vorliegende Interpellationsantwort meiner Meinung nach leider nicht der Fall. Aus all den genannten Gründen bin ich mit der Beantwortung der Interpellation nicht zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

36. Interpellation Nr. 149 Beat K. Schaller betreffend einseitige Politpropaganda von staatlich finanzierten Institutionen, Schriftliche Beantwortung

[08.02.24 11:13:59, 23.5604.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant steht bereit, um zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Beat K. Schaller (SVP): Ich danke Ihnen für die Antwort auf meine Interpellation, welche mich aber nicht überzeugt. Es handelte sich bei diesem besagten Treffen im Quartierzentrum Iselin nicht um einen Informationsanlass zu den Stadtklima-Initiativen, sondern um eine einseitige Plattform für die Befürworter. Das sei Ihnen auch unbehalten, natürlich, demokratiepolitisch ist da überhaupt kein Problem damit, denn es gilt ja auch die Meinungsfreiheit. Diese Freiheit hat aber ihre Grenzen dort, wo sie von mit staatlichen Geldern finanzierten Institutionen zur Indoktrination der Öffentlichkeit missbraucht wird. Wären am besagten Anlass auch Gegner der Initiativen eingeladen gewesen, dann wäre der Vorwurf der politischen einseitigen Meinungsmache dahingefallen.

Die Organisatoren im Quartierzentrum utoen sich in der Einladung, indem sie schreiben, und ich zitiere hier jetzt aus der Webpage des Quartierzentrums: Wir hören einen Input von Tonja Zürcher vom Initiativkomitee und sehen einen Film von einem Landschaftsarchitekturbüro. Dieses explizite «wir» beim Hören und das explizite «wir» beim Sehen zeigt ganz klar und deutlich, dass sich die Organisatoren mit den Initiativen identifizieren und via euphemistisch genannten Informationsanlass ihre politische Meinung transportieren wollen.

Noch einmal, da ist demokratiepolitisch nichts dagegen einzuwenden. Schwierig und stossend ist es, wenn dies auf Kosten des Steuerzahlers geschieht. Das bestätigt ja auch der Regierungsrat. Er schreibt in seiner Antwort: «Aus Sicht des Regierungsrates sollte jedoch klar deklariert werden, wer die veranstaltende Organisation und demnach auch wer für den Inhalt der Veranstaltung verantwortlich ist. Der Newsletter-Text des Quartierzentrums Iselin war diesbezüglich missverständlich formuliert, sodass davon auszugehen war, dass das Quartierzentrum Iselin selber Veranstalter des Anlasses war». Nein, das war nicht missverständlich formuliert, das war sehr klar und deutlich formuliert, nicht irgendeine unklare Kommunikation. Das war ein klares Bekenntnis zur Absicht, die Öffentlichkeit einseitig zu beeinflussen.

Ich bin mit der Antwort nicht einverstanden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

37. Interpellation Nr. 157 Lorenz Amiet betreffend Bundesratswahlfeier und ihre Kosten für den Steuerzahler, Schriftliche Beantwortung

[08.02.24 11:18:06, 23.5625.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant steht bereit, um zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Lorenz Amiet (SVP): Ich versuche mich gleich kurz zu fassen, wie die Regierung in der Beantwortung meiner fünf Fragen. Sie hat neun Sätze gebraucht dafür. Und verstehen Sie mich nicht falsch, neun Sätze reichen für die Beantwortung meiner Interpellation. Umso mehr bin ich nach wie vor erstaunt darüber, dass man das nicht auch mündlich erledigen konnte.

Mit den Fragen 1 bis 4 bin ich zufrieden hinsichtlich der Beantwortung, bei der Frage 5, da ging es um die Zukunft, um die Lehren, die man für die Zukunft ziehen könnte, hingegen nicht. Wenn ich die Antwort lese, dann kommt mir Altbundesrat Maurer in den Sinn; keine Lust.

Entsprechend in der Summe ergibt sich daraus ein teilweise befriedigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

38. Interpellation Nr. 158 Beat Braun-Gallacchi betreffend Ausrichtung und Organisation der Ständerats- und Bundesratsfeierlichkeiten, Schriftliche Beantwortung

[08.02.24 11:19:19, 23.5653.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu begründen, ob er zufrieden ist.

Beat Braun-Gallacchi (FDP): Ich bin mit der Antwort zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

39. Anzug Claudia Baumgartner und Konsorten betreffend übermässige Vermehrung von Freigängerkatzen / Tierwohl für Streunerkatzen, Schreiben des RR

[08.02.24 11:20:00, 21.5630.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrat Lukas Engelberger hat das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Es ist unbestritten, dass das Kastrieren und Chippen von Katzen, die den Freigang geniessen, nicht nur aufgrund der Reproduktionskontrolle ratsam ist, sondern für die Tierhalterinnen und Tierhalter auch andere Vorteile mit sich bringt. Dies ist der überwiegenden Mehrheit der Katzenhalterinnen und -haltern auch bewusst. Hierzu verweist der Regierungsrat auch auf die zahlreich vorhandenen Informationskampagnen von Bund und Tierschutzorganisationen zum Thema. Ein Blick in die zentrale Tierdatenbank Anis zeigt, dass bereits jetzt über 75 Prozent der Hauskatzen im Kanton Basel-Stadt gechipt und registriert sind. Katzenhalterinnen und Katzenhalter, die ihre Tiere nicht kastrieren oder chippen lassen, sind aber nicht alle zwangsläufig verantwortungslos. So gilt zu bedenken, dass in einer Stadt auch viele Wohnungskatzen leben, die keinen direkten Zugang zur freien Natur geniessen und dadurch auch keine unmittelbare Notwendigkeit für eine Kastration oder für das Chippen gegeben ist.

Für den Regierungsrat stellt sich damit die Frage nach der Notwendigkeit und Verhältnismässigkeit einer gesetzlichen Regulierung, die letztlich wohl primär verwilderte und herrenlose Hauskatzen tangieren dürfte. Eine gesetzliche Regelung und Pflicht ginge zudem mit entsprechenden Kontrollmassnahmen bei den Katzenhaltenden einher, was mit einem erheblichen administrativen Zusatzaufwand verbunden wäre. Wir weisen darauf hin, dass sowohl der Bund als auch andere Kantone, wie etwa Zürich oder Bern, die Einführung einer Kastrationspflicht für Katzen unter anderem deshalb abgelehnt haben, weil eine entsprechende Regulierung unverhältnismässig sei, da sie die Situation der streunenden Katzen nicht unbedingt verbessere, dafür aber zu einem erheblichen administrativen Kontrollaufwand führen würde. Diese Beurteilung von Bund und anderen Kantonen zeigen auf, dass die Frage der Eignung und damit auch die Verhältnismässigkeit einer flächendeckenden Kastrationspflicht für Katzen schweizweit kontrovers beurteilt wird.

Der Regierungsrat ist insgesamt der Meinung, dass eine Kastrations- und Chip-Pflicht durchaus gewisse Vorteile bringen könnte. Aber mit Blick auf den Umstand, dass bereits jetzt 75 Prozent der Katzen eben gechipt sind, stellt sich für uns die Frage der Verhältnismässigkeit angesichts des grossen Kontrollaufwands. Im Übrigen geben wir zu bedenken, dass die Tierschutzgesetzgebung in der Kompetenz des Bundes liegt. Eigentlich müsste also Kastrations- und Chip-Pflicht auf Bundesebene geregelt werden und eine materielle Regelung auf kantonaler Ebene wäre deshalb aus Sicht des Regierungsrats nicht angezeigt.

Deshalb bitten wir, unseren Bericht zur Kenntnis zu nehmen und den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Hier hat sich Daniel Albietz für die Mitte/EVP eingetragen.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Vielleicht überrascht es Sie, dass ich mich zu Wort melde bei diesem Thema, aber zum einen mag ich Katzen, zum anderen meldet sich bei mir ein Reflex, wenn ein Problem mit neuen Vorschriften, mehr Bürokratie und neuen Pflichten gelöst werden soll, ohne dass es am Ende wirklich gelöst ist. Im Einklang mit meiner Fraktion unterstütze ich den Antrag der Regierung, den Anzug abzuschreiben. Wir haben es, wie angedeutet, einmal mehr mit einem Vorstoss zu tun, dem die Illusion zugrunde liegt, einem Problem mit mehr Vorschriften und Regulatorien beizukommen und damit die persönliche Freiheit unnötig zu beschneiden. Mit diesem Vorstoss wird gewissermassen mit Kanonen auf Katzen geschossen. Das kann man machen, aber wohl nicht mit durchschlagendem Erfolg.

In der Anzugsbeantwortung ist nachzulesen, dass bereits ein grosser Teil der Katzenhalter in unserem Kanton Verantwortung zeigt. Über 75 Prozent haben ihre Katzen freiwillig chippen lassen, was deutlich zeigt, dass viele sich der Problematik bewusst sind und verantwortungsvoll handeln. Auch ist ein Grossteil der Katzen kastriert beziehungsweise sterilisiert. Dass eine Überpopulation an Streunerkatzen ein Problem darstellen kann, wird nicht bestritten. Aber warum sollte man dennoch keine Kastrations- und Chip-Pflicht einführen? Die Antwort ist einfach, die Tierärzte und Tierärztinnen, wohl unbestrittene Experten in dieser Frage, empfehlen zwar die Kastration, aber auf freiwilliger Basis. Sie warnen vor den Problemen, die eine gesetzliche Pflicht mit sich bringen würde. Dazu gehören unter anderem der Stress für die Tiere beim Einfangen und der erhöhte Verwaltungsaufwand, der letztlich uns allen zur Last fallen würde.

Interessanterweise kommt dieser Vorstoss von der Grünliberalen Fraktion, was durchaus zu hinterfragen ist, denn das Anliegen ist meines Erachtens weder grün noch liberal. Seit wann steht Grün für eine zwanghafte Kontrolle der Natur und nicht für Naturnähe. Sterilisations- und Chip-Zwang, das klingt für mich alles andere als natürlich. Es scheint fast, als müsste der natürliche Lauf der Dinge in dieser Frage den eigenen Vorstellungen angepasst werden. Und weshalb ist das Anliegen nicht liberal? Liberalismus bedeutet, auf die Mündigkeit und Eigenverantwortung der Bevölkerung zu setzen, nicht auf ein Dickicht aus Ver- und Geboten. Der Anzug wie auch die Absicht, ihn entgegen dem Antrag der Regierung stehen zu lassen, widerspricht dem Grundsatz der persönlichen Freiheit. Es ist leicht widersprüchlich, im Parteiprogramm Freiheit und Eigenverantwortung zu predigen und hier nach Regulierung und Technokratie zu rufen. Warum sprechen wir der Bevölkerung das Verantwortungsbewusstsein ab und bevormunden sie mit unnötigen Gesetzen?

Lassen Sie mich bei diesem Punkt einen persönlichen Aspekt hinzufügen. Ich habe dazu zwei Bilder mitgebracht im Wissen, dass Katzenfotos und Videos überall in der Welt gut ankommen. Auf den Bildern sind zwei unserer vier Jungkatzen zu sehen, die wir vor rund zwei Jahren aufgezogen haben. Auf dem ersten Bild ist Charly und auf dem zweiten Bild, ich bitte um Einblendung, ist Chili zu sehen. Sie sehen, wir hatten selbst eine Katze mit vier Jungen zu Hause. Das Aufziehen junger Katzen ist eine wunderbare lehrreiche Erfahrung, nicht nur für Kinder. Eine Kastrationspflicht würde eine solche Erfahrung in die Illegalität verbannen. Wir hätten etwas Verbotenes getan, das heisst entweder wäre uns und unseren Kindern, falls es damals eine solche Pflicht gegeben hätte, eine wertvolle Erfahrung vorenthalten geblieben oder aber wir hätten uns über die Vorschrift hinwegsetzen müssen, was ich problematisch finde. Der Anzug und sein Anliegen sind in dieser Hinsicht eben unnötig bevormundend. Zumindest eine Ausnahmeregelung müsste im Falle, dass der Anzug stehen gelassen wird, vorgesehen werden, damit verantwortungsvolle Katzenhalterinnen und -halter ihren Kindern eine solche Erfahrung ermöglichen können, falls sie es denn wünschen.

Schliesslich macht eine baselstädtische Insellösung keinen Sinn. Basel ist umgeben von direkt an die Stadt gebauten Agglomerationsgemeinden des Kantons Basel-Landschaft, in dem eine entsprechende Regelung fehlt, meines Erachtens völlig zu Recht. Hinzu kommt, wie in der Anzugsbeantwortung dargelegt, die exponierte Grenzlage zu zwei Kantonen und zwei grossen europäischen Nationen. Wir sollten uns nicht die Illusion machen, dass wir das Problem der Streunerkatzen im kleinsten Kanton der Schweiz mit solchen Massnahmen lösen. Das war auch das wichtigste Argument in der Beantwortung. Eine Zuwanderung von verwilderten Katzen ist jederzeit möglich. Damit ist das Problem mit den vorgeschlagenen Vorschriften nicht lösbar. Ein weiterer Grund, auf eine entsprechende gesetzliche Regelung zu verzichten. Vielleicht müsste man die Katzen ausblenden, sie lenken nämlich ab.

Und das letzte Argument, ganz allgemein ist es aus meiner Sicht ein Unding, Anzüge stehen zu lassen, um ein Anliegen durchzusetzen. Wir hatten vorher das gleiche Beispiel bei den Superblocks. Ein Anzug, auch dieser, hat eine Auskunft der Regierung zum Ziel, die sind nun erteilt, diese Auskünfte. Der Anzug müsste abgeschrieben werden und es wäre an der Anzugsstellerin oder einem anderen Parlamentsmitglied, nun eine Motion einzureichen, falls eine gesetzliche Regelung getroffen werden soll und diese zur Diskussion zu stellen. Dann würde auch die rechtliche Zulässigkeit des Anliegens verbindlich geprüft. Insbesondere ist es meines Erachtens in vielen Fällen und auch hier nicht angebracht, umfassend beantwortete Anzüge stehen zu lassen.

Lassen Sie mich zusammenfassen. Eine Basler Insellösung wäre unverhältnismässig, hätte angesichts der Kleinräumigkeit unseres Grenzkantons lediglich eine beschränkte Wirkung auf die Streunerpopulation und rechtfertigt keine derart einschränkenden und mutmasslich auch bundesrechtswidrigen Vorschriften und illegal möchte ich nicht sein, wenn meine Kinder und wir zusammen kleine Katzen aufziehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Daniel Albietz, es gibt eine Zwischenfrage von Johannes Sieber. Sie wird angenommen.

Johannes Sieber (GLP): Welche Erfahrung würde Ihren Kindern genommen, wenn jetzt dieses Reglement kommen würde? Das habe ich nicht verstanden.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Das erkläre ich gerne nochmal. Wir hatten eine Jungkatze, die nicht kastriert oder sterilisiert war. Wir hätten sie mit diesem Gesetz sterilisieren müssen und sie hätte keine Jungen haben können. Das ist das Problem.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die nächste Sprecherin ist Christine Keller als Fraktionssprecherin der SP.

Christine Keller (SP): Ich habe nicht nur einen Hund, ich habe auch Katzen und ich liebe Katzen sehr. Und nein, Daniel Albietz, es wäre ja nicht so, dass das illegal wäre, die Schwängerung Ihrer Katze, weil der Vorstoss sich nur auf Freigänger bezieht. Sofern Sie eine Wohnungskatze haben und diese weiter züchten wollen, wäre Ihnen das weiterhin erlaubt. Und dann vielleicht noch etwas, was Sie am Schluss gesagt haben, der Anzug, da möchte ich schon daran festhalten, dass der Anzug nicht einfach eine Frage stellt, sondern eine Forderung in den Raum stellt und wenn einem die Begründung, warum diese Forderung nach Prüfung nicht erfüllt werden soll, wenn einem diese nicht einleuchtet und man damit nicht zufrieden ist, dann haben wir das Recht, diesen Vorstoss eben ein zweites Mal stehen zu lassen oder ein erstes Mal in diesem Fall.

Nun aber zu den Katzen. Ich bin wirklich auch nicht nur Hunde-, sondern Katzen- und überhaupt Tierfreundin. Ich hatte im Ausland schon die Gelegenheit, auf meiner Lieblingsinsel Kreta, die auch per Schiff und Zug zu erreichen ist, Katzen rettet zu dürfen mit Hilfe von lokalen Tierschutzorganisationen. Die betreffende Katze lebt nun, so hoffe ich, glücklich in Hamburg, nachdem wir sie eingefangen haben. Aber die Hauptarbeit jeglicher Tierschutzorganisation im Ausland wie im Inland ist

immer die Kastration dieser insbesondere streunenden Katzen. Das ist zentral natürlich. Eine wirksamere Massnahme, um das Streunereleid zu dämmen, als die Kastration gibt es nicht. Und dabei geht es nicht nur um die Kätzinnen, die da wild leben, diese zu kastrieren, sondern es geht eben auch darum, wildlaufende Kater, die dann diese Kätzinnen wieder schwängern, zu kastrieren.

Es gibt auch in Basel wirklich Katzenleid. Es gibt in der Schweiz Katzenleid. Ich dachte auch lange, das sei eher ein Problem der südlichen Länder, das stimmt nicht. Und wie man da die Verhältnismässigkeit anzweifeln kann, wenn es wirklich die wirksamste Massnahme ist, um dieses Katzenleid zu bekämpfen, das verstehe ich nicht. Und der Bund sagt immerhin auch, zumutbare Massnahmen seien zu ergreifen und uns scheint dies wirklich zumutbar, als dass diese freilaufende, immer freilaufende, wer zu Hause zwei Zuchtkatzen halten will, darf das, aber freilaufende Katzen und Kater insbesondere eben nicht zur Weitervermehrung beitragen sollen.

Eingriff in die persönlichen Rechte, zusätzliche Pflicht, ja, das haben wir Hundehaltenden ja auch oder es wird auf uns zukommen jetzt mit dem neuen Kurs, den ich persönlich ausdrücklich befürworte. Ich finde das eben aus tierschützerischer Sicht wertvoll. Auch da geht man über den Bund hinaus und das ist auch richtig so. Auch die Katzenhalter sollen Verantwortung übernehmen und dass es 75 Prozent von ihnen tun, ist ja erfreulich, was die Bechippung anbelangt, wenn das stimmt, aber das heisst, dass immer noch 25 Prozent der Katzen eben auch nicht gechippt sind. Und eine Vorschrift in diesem Sinne würde sicher keine unverhältnismässige Massnahme darstellen.

Im Interesse wirklich grosses Tierleid zu vermeiden, unterstützen wir sehr den Anzug von Claudia Baumgartner und bitten, den stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von David Jenny annehmen? Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Wenn Mani Matter in Basel nach Ihren und Frau Baumgartners Vorstellungen leben würde, dürfte er dann noch formulieren im Ferdinand, und ich bin nicht Berner, Frau Mathys: «So het är ou am gröschtä Nachwuchs s'läbä gschänkt, das duät eym albä tröschtä wo as sis schtärbä dänkt». Können Sie das bitte spontan umdichten auf die Stadt Ihrer Vorstellung?

Christine Keller (SP): Also ich sage nur: «Geng d'liäbi het ne tribä nie z'Müs u Vögel fa, är isch mis Vorbild blibä de Chatzä ma». Aber zu Mani Matters Zeiten war wahrscheinlich das Streunereleid noch nicht so ausgeprägt wie heute. Sein Ferdinand hat daher wohl nicht so zum Tierleid beigetragen, wie es heute viele freilaufende Kater tun. Also eine Umdichtung, da bin ich jetzt spontan überfordert, aber heute Abend bring ich es.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum nächsten Fraktionssprecher. Das ist Béla Bartha für das GAB.

Béla Bartha (GAB): Mein Votum hier wird wohl nicht ganz vielleicht im Sinne sein von Claudia Baumgartner und auch von Christine Keller, aber trotzdem geht es in die gleiche Richtung oder hat den gleichen Zweck. Wir vom GAB wollen auch beliebt machen, dass man diesen Anzug noch stehen lässt.

Bevor wir uns also hier vollends in die Bilder von süssen Katzen verlieben, möchte ich doch einige Zahlen vorweg hier bringen. In der Schweiz schätzt man, dass etwa 1,7 Millionen Katzen leben und davon sind 1,4 Millionen Freigänger, also solche Katzen, die einfach in der Natur sich bewegen jeden Tag, Türe auf, Katzen raus, Türe zu. In Basel, so habe ich die Zahlen bekommen von Frau Baumgartner, sind es etwa geschätzt zehntausend Katzen, die wir auf dem Kantonsgebiet in der Freiheit laufen lassen.

Ich bin Ökologe und Biodiversitätsfreund und wenn ich das jetzt hier so höre, dann muss ich sagen, ups, das ist aus ökologischer und Biodiversitätssicht eine kleine Katastrophe. Man schätzt ja etwa, dass diese 1,7 oder 1,4 Millionen Katzen so in etwa 30 Millionen Vögel pro Jahr wegputzen und auf dem Raum von Basel wären das dann doch etwa über 30'000 getötete Vögel jedes Jahr. Ganz zu schweigen von dem, was dann an Blindschleichen und Eidechsen von diesen süssen Rackern das Zeitliche segnen müssen.

Und noch eine kleine Zahl, die vielleicht überrascht. Wenn wir uns jetzt hier in der freien Wildbahn bewegen würden und zum Beispiel die europäische Wildkatze hier suchen würden auf dem Gebiet von Basel-Stadt, dann würden wir bestenfalls vier bis sechs solche Wildkatzen finden, die ihr Jagdrevier auf diesen 3'600 Hektaren ausdehnen. Also alles Zahlen, die mich eher dazu bringen, einige Sympathie für diesen Vorstoss oder diesen Anzug von Frau Baumgartner, aber vielleicht aus anderer Sicht, entgegenzubringen.

Aber bevor ich da völlig bei allen Katzenliebhaber*innen total untendurch bin, möchte ich doch ganz klar sagen, dass ich auch anerkenne, dass Katzen natürlich emotional für viele Menschen einen ganz wichtigen Faktor bieten und schlussendlich die Römer, die Katzen auch in Europa eingeführt haben, weil sie sich erhofft haben, der Mäuse- und Rattenplage Herr zu werden, und deshalb haben die Katzen sicher ihren Platz in der Stadt verdient.

Und dennoch, wenn man sich diese vorher von mir erwähnten Zahlen vergegenwärtigt, da muss ich sagen, finde ich es dann doch schon ein bisschen stossend, wenn die Regierung zu dem überhaupt keine Reaktion zeigen will, also eigentlich sagt, ja, wir tun doch am liebsten gar nichts und versuchen auch gar nicht erst, den Leuten wirklich ihrer Verantwortung bewusst zu machen, dass sie wirklich auf ihre Katzen Sorge geben und auch vielleicht einmal die Katzen zu einem gewissen Zeitpunkt im Jahr, wenn nämlich die Vögel, die Jungvögel ausfliegen, vielleicht doch mal zu Hause festzuhalten. Das ist alles freiwillig und wird nicht kontrolliert, aber schon das würde eine grosse Wirkung haben. Deshalb finde ich es sehr, sehr wichtig, dass die Regierung sehr wohl etwas unternimmt und die Bevölkerung, die Katzenhalter*innen immer wieder darauf aufmerksam macht, dass ihre Katzen nichts anderes sind als ziemlich sehr effiziente Räuber, die auch wirklich einen Schaden der Umwelt zufügen können.

Also für mich geht diese Antwort der Regierung, lieber nichts tun, weil es auch noch Bundessache ist, das verstehe ich auch nicht ganz, weil sehr viele biodiversität-schützerischen Massnahmen nicht von Bundes-, sondern dann auf Gemeindeebene und auf lokaler Ebene durchgeführt werden sollen und hier sehr wohl die Möglichkeit besteht, auch auf kantonaler Ebene etwas zu machen. Und nicht zuletzt ist das sicher ein gutes Werkzeug oder ein gutes Resultat für die Katzenbesitzer*innen selbst, nämlich wenn diese Bedrohung der Vielfalt der Biodiversität durch die Katzen sich nicht verbessert, gibt es vielleicht sogar eher Verschärfungen in Zukunft für das frei laufen lassen von eben solchen Katzen.

All das bringt das GAB dazu zu sagen, man kann hier sicher mehr tun und würde Sie bitten, diesen Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Claudia Baumgartner für die GLP.

Claudia Baumgartner (GLP): Danke für die spannende Debatte bis jetzt. Ich möchte nicht nochmal alles wiederholen, ich bin schon mal froh, dass eigentlich sich alle einig sind, dass wir ein Problem haben und dass Kastration das Problem wirklich versucht einzudämmen. Es kam jetzt mehrmals, wieso machte man nicht eine Motion. Das war damals mein erster Vorstoss, als ich ganz neu im Grossen Rat war, ich habe mich da nicht getraut, schon mit einer Motion reinzuhauen. Aber ich denke schon, der Anzug hat gewisse Forderungen gestellt und von daher finde ich, kann man ihn auch stehen lassen, wenn man der Meinung ist, dass er noch nicht erfüllt wurde.

Worum geht es hier. Es geht hier für einmal nicht um unsere herzigen Büsis. Ich bin auch eine Katzenliebhaberin, ich habe zu Hause gechippte, kastrierte Kater. Ich kenne die Problematik, ich finde es toll mit jungen Büsis natürlich, es geht hier wirklich um Freigänger. Es geht nicht um das Wohl primär der Freigänger, ich nehme an, alle Katzenhaltenden haben Verantwortungsgefühl für ihre Katzen und versuchen das Beste zu erreichen, sondern es geht eben um diese Streunerpopulationen. Das sind Katzen, die nicht gehalten werden, die irgendwo in Industriearealen, Freizeitgärten, ich habe da durchaus Feldforschung betrieben im 2021, um diesen Anzug da vorzubereiten. Ich habe mich mit Tierschutzorganisationen ausgetauscht und es ist wirklich so, dass diese Streuner, das ist kein Katzenparadies, die sterben vor sich hin, die haben Revierkämpfe, die sind krank, die werden wirklich im Moment von Tierschutzorganisationen, also von Organisationen, die privat finanziert werden, Spenden erhalten, die machen diese grosse Arbeit, dieses Fass ohne Boden versuchen sie irgendwie zu schliessen und es geht einfach nicht, ohne dass wir die Privathaltenden hier auch zu ihrer Verantwortung ziehen. Also es geht eigentlich darum, dass wir die Streunerpopulationen nur eindämmen können, wenn gleichzeitig Privathaltende von Freigängerkatzen uns unterstützen, indem ihre Tiere kastriert werden.

Von daher vielleicht nochmals, was will der Anzug oder wieso finde ich, dass die Regierung hier einen falschen Fokus setzt auf den Aufwand des Kantons. Es geht hier eigentlich um das Verursacherprinzip von Privathaltenden von Freigängerkatzen. Wir haben eine nationale Tierschutzgesetzgebung, die sagt, dass Tierhaltende alle zumutbaren Massnahmen treffen müssen, um übermässige Vermehrung der Tiere zu verhindern. Und wir haben auch Bestimmungen auf nationaler Ebene, die sagen, dass die Kantone für den Vollzug natürlich verantwortlich sind. Das ist ja ein System, das wir politisch gut kennen, dass die Umsetzung bei den Kantonen liegt und sie dazu verpflichtet sind und allenfalls sogar noch selber Bestimmungen erlassen können. Es geht eigentlich nur darum, dass der Kanton jetzt etwas erlässt, um dieses Tierwohl, dass wir als öffentliches Gut, das wir da haben, im Interesse des öffentlichen Guts jetzt etwas zu erlassen.

Also was fordert der Anzug. Er wollte prüfen und berichten und falls es effektiv ist, was ja auch der Regierungsrat bejaht hat, um dieses Problem zu lösen, dass wir eine Kastrationspflicht für Freigängerkatzen einführen. Empfehlung, natürlich macht es Sinn, wenn wir auch noch eine Chip-Pflicht nehmen, aber das nützt ja jetzt nichts, um irgendwie etwas einzudämmen, aber sehr wohl, wenn es darum geht, was machen wir mit Katzen, die wir auffinden, die nicht gechippt sind, wo wir nicht wissen, wem sie gehören. Das ist ein mühsamer Aufwand, weil da muss man zwei Monate lang abwarten, bis man allenfalls einen Besitzer findet, bevor man in Tierheimen dann diese Tiere weitervermitteln kann. Und das macht das Ganze eigentlich teuer,

nebst den Tierarztkosten natürlich, aber das sind alles Kosten, die im Moment von privaten Organisationen gespendet werden. Und eigentlich ist das doch etwas, das dorthin gehört, wo es verursacht oder mitverursacht wird und das sind natürlich die Privathaltenden.

Vielleicht jetzt auch noch zur Kastrationspflicht, wie kann man das umsetzen. Ich fordere nicht, dass der Kanton oder irgendwie Tierarztpraxen hier eine Kontrollpflicht haben bei dieser Kastrationspflicht, sondern man kann es doch einfach machen, indem man sagt, okay, die Leute, die überhaupt zum Tierarzt gehen mit ihren Büsis, das sind ja vielleicht auch nicht immer alle, die werden darauf hingewiesen vom Tierarzt, Sie, wenn Sie Ihre Katze frei halten möchten, dann müssen Sie sie kastrieren. Punkt. Aus. Der Tierbesitzer wird das quittieren müssen und damit ist alles erledigt. Weder der Kanton noch die Tierarztpraxen müssen sich da irgendwie weiter damit dann beschäftigen. Und man kann natürlich auch sagen, wir machen hier eine Busse und da muss man nicht kontrollieren, das ist wie im Strassenverkehrsrecht. Wir machen da auch nicht bei jedem Rotlicht, wo jemand darüberfährt, irgendwie ein grosses Zeug, wenn wir es nicht kontrollieren können. Trotzdem helfen solche Massnahmen natürlich.

Vielleicht jetzt noch zu dieser Chip-Pflicht und zu diesen Zahlen, die da operiert werden auch vom Regierungsrat. In seiner Antwort sagt er, es gibt etwa 30'000 Katzen in baselstädtischen Haushalten. Einen Abschnitt später spricht er dann realistischerweise plötzlich nur noch von rund 12'000 Katzen. Ich denke, das ist ja schon mathematisch nicht möglich, das wären ja zwei Fünftel Katzen pro Haushalt. Und wenn man dann realistischerweise zudem eher davon ausgeht, dass in einem Haushalt zwei Katzen sind, dann sind es vielleicht sogar schon 60'000 gehaltene Katzen und dann sind diese 9'000 registrierten Katzen in dieser Datenbank Anis eben nicht 75 Prozent der gehaltenen Katzen. Es gibt dann auch noch Karteileichen, die da drin herumschwimmen, und viele Zucht- und Rassekatzen, die primär registriert sind. Wenn wir also die Rechnung realistischerweise fortführen, sind wir dann etwa bei 10 bis 15 Prozent der registrierten Stubentiger. Und nochmals, registriert heisst bei weitem nicht kastriert und darum geht es ja natürlich eigentlich.

Von daher verstehe ich nicht ganz, das sind alles Geschichten, die man vor zwei Jahren, als dieser Anzug überwiesen wurde, ja schon kannte. Es gibt keine neuen Ereignisse dazu und ich finde, man hätte zum Beispiel die Zeit jetzt auch mal nutzen können und irgendwie bei der Gesundheitsdirektorenkonferenz mal das Thema aufbringen können, weil es wirklich ein Anliegen ist, das 150 Tierschutzorganisation in der Schweiz unterstützen. Wir haben es gehört, es ist ein weltweites Problem und wir können doch jetzt nicht einfach immer von Verhältnismässigkeit sprechen, die den Kanton hier überhaupt nicht trifft, so wie ich es eigentlich formuliert und gewollt habe, sondern es geht darum, dass wir private Leute in unsere Pflicht nehmen. Es ist wie überall, wo wir uns als Menschen bewegen, wir breiten uns aus, es wird überall plötzlich ein bisschen viel und dann muss man doch irgendwo schauen, wie kann man jetzt eine Regulierung, eine faire Regulierung treffen. Und vielleicht dazu noch ein Sprichwort unbekannter Herkunft: Ein einzelnes Tier zu retten verändert nicht die Welt, aber die ganze Welt verändert sich für dieses eine Tier.

Also bitte helfen Sie mir hier, dass wir das nochmals miteinander anschauen und ich denke wirklich, dass es hier auch rechtlich darum geht, dass die nationale Gesetzgebung, Bundeskompetenz jetzt vom Kanton einfach umgesetzt wird. Von daher danke ich Ihnen vielmals fürs Stehenlassen dieses Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Daniel Seiler gemeldet.

Daniel Seiler (FDP): Ich weiss nicht, ob ich mir mit dem einen Gefallen mache. Unser Hund, der Jack, selig, die einen oder anderen, die ihn kennen, wir haben darauf verzichtet, ihn zu kastrieren. Schlussendlich auch auf Anleitung des Hausarztes, weil die Lebendigkeit schlussendlich von diesem Tier eingeschränkt worden wäre. Das heisst, ich weiss, Sie lachen jetzt alle und ich bin ja kein Wissenschaftler, aber wir haben jetzt alle nur von den Tieren gesprochen und ich glaube, es geht ja schlussendlich auch ein bisschen darum, dass sich die Tiere am Schluss wohl fühlen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Ich möchte auch noch etwas sagen. Erstens zu David Jenny, ob er gewusst hat, dass der Ferdinand von Mani Matter am Ende seines Lebens mit einem Nachttopf erschlagen wurde und ob vielleicht der Gang zum Tierarzt nicht die bessere Option gewesen wäre.

Das einerseits und dann, was ich aber ernsthaft meine, ist, es wurde jetzt mehrfach gesagt, schon beim Geschäft davor, dass man doch jetzt das abschreiben und eine Motion einreichen soll und mich stört das ein bisschen. Ich finde eigentlich, dass man doch einen Anzug ein zweites Mal stehen lassen kann. Da ist eine Forderung drin und der Regierungsrat kann die Forderung aufnehmen und ich finde es nicht sinnvoll, wenn man das jetzt abschreibt und mit einer Motion nachdoppelt. Das mag juristisch vielleicht Sinn machen oder richtig sein, aber ich finde es trotzdem falsch. Das wollte ich noch bemerken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Möchte der Regierungsrat in der zweiten Runde das Wort? Er verzichtet. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst abschreiben, NEIN heisst stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

16 Ja, 72 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002878, 08.02.24 11:53:34]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 72 Nein-Stimmen gegen 16 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Schluss der 3. Sitzung

11:53 Uhr